:antifaschistische nachrichten Nr. 3

g 3336 31.1.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Rohrkrepierer der Geheimdienste gegen die NPD

Wenn es noch eines Beweises bedurfte, um deutlich zu machen, wie hoffnungslos unfähig und unnütz, ja direkt schädlich deutsche Geheimdienste sind, wenn es um die Bekämpfung von Rechtsextremismus geht, dann liegt dieser Beweis jetzt vor.

Dass V-Leute des Verfassungsschutzes jahrelang in der NPD mitmischen, sogar in deren Bundesvorstand, und in der gleichen Zeit von Mitgliedern und Sympathisanten dieser Partei eine Unzahl von Gewalttaten gegen Flüchtlinge, MigrantInnen und andere Menschen geplant, propagiert und auch durchgeführt wurden, ohne dass die Sicherheitsbehörden das verhinderten, ist ein Skandal ohnegleichen.

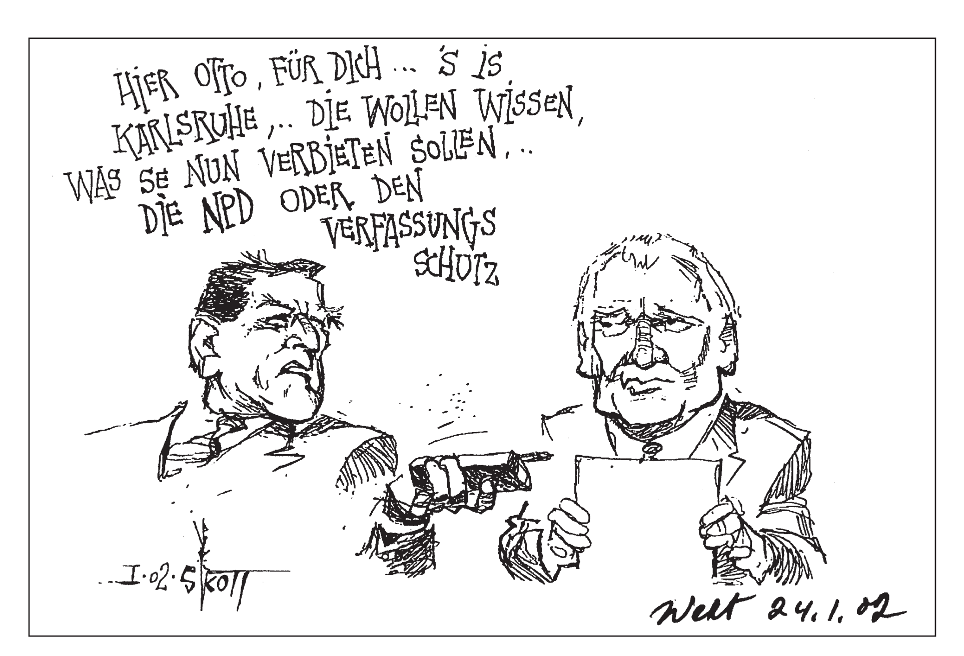
Die Liste der Skandale des Verfassungsschutzes im Kampf gegen Rechts ist übervoll. Ich erinnere an die V-Leute-Skandale bei Neonazis in Brandenburg und Thüringen.

Dieser neueste Vorfall zeigt erneut: Geheimdienste sind kein Schutz der Demokratie. Sie sind eine Gefahr für Bürgerrechte, sie sind direkt schädlich – auch im Kampf gegen Rechts. Sie gehören aufgelöst.

Eine unabhängige Beobachtungsstelle gegen Rassismus und rechte Gewalt, wie sie von der PDS und anderen schon lange gefordert wird, muss jetzt errichtet werden. Das Verbotsverfahren gegen die NPD kann und muss weitergehen.

Ulla Jelpke ■

Aus dem Inhalt:



Beide!

NPD-Verbot vorerst geplatzt?

„Wie viele V-Männer die Rechtsextremen unterwandern, lässt sich nur erahnen. Experten sagen: Es könnten bis zu 100 Zuträger sein." (Tagesspiegel, 24.2.02)

Seitdem bekannt ist, dass Wolfgang Frenz, dessen antisemitische Positionen in den Verbotsanträgen zur NPD wichtiges Beweismaterial darstellen, seit 36 Jahren für den Verfassungsschutz tätig war, schlagen die Emotionen hoch. Das „Nationale Infotelefon" jubelt bereits „NPD-Verbot geplatzt", die NPD veranstaltet eine Pressekonferenz, auf der sie verkündet, „die fatalistische Stimmung in den eigenen Reihen sei vorbei" (FR 25.1.) Nachdem es, so Parteivorsitzender Voigt, deutlich schwieriger geworden sei „als Nationaler politisch zu arbeiten", sähen die eigenen Leute die Lage jetzt zuversichtlicher. NPD-Bundesgesschäftsführer Frank Schwerdt verkündet gegenüber dem „Tagesspiegel": „Wir bekommen Glückwünsche von Kreisverbänden, die glauben schon, das ist jetzt der Sieg."

Auch wenn diese Einschätzungen wahrscheinlich vorschnell sein dürften, wie es jetzt mit dem Verbotsverfahren weiter gehen wird, ist erst einmal offen. Das Ausfallen eines Zeugen, so der Verfassungsrechtler Erhard Denninger in der FR vom 24.1., müsse keinen Einfluss auf das Verfahren haben. Aber Karlsruhe habe jetzt der Frage nachzugehen, ob der frühere Beschluss, das Verfahren zu eröffnen, im Wissen um die Vergangenheit dieser Auskunftsperson überhaupt gefallen wäre. Schließlich sei es aus rechtsstaatlichen Überlegungen „unmöglich, dass eine Verfahrenspartei einen Zeugen bezahlt".

Wohl wahr! Die Tatsache, dass der V-Mann Frenz 36 Jahre lang nicht nur für den Verfassungsssschutz NRW gespitzelt hat, sondern faktisch gleichzeitig die NPD von Anfang an mit aufgebaut hat, ist unglaublich.

Dass dieser Mann 1995 als Agent „abgeschaltet" worden ist, löst das Problem überhaupt nicht. Die Ausführungen zum aggressiven Antisemitismus der NPD in den Verbotsanträgen von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung beziehen sich maßgeblich auf diesen Wolfgang Frenz und auf Horst Mahler und diese Beweismittel sind für den Erfolg des Verbotsverfahrens sehr wichtig. Sicher wird sich der Antisemitismus der NPD auch ohne Frenz-Zitate belegen lassen. Aber die Anklageschriften müssen jetzt noch einmal überprüft und vermutlich auch überarbeitet werden, auch darauf hin, *weiter Seite 2*

Fortsetzung von Seite 1

ob weitere V-Leute zitiert wurden bzw. sich hinter den Zeugen verbergen.

Denn noch ist nicht klar, ob es sich nur um den einen „Zeugen"-Spitzel handelt. Die Gerüchte darüber, dass weitere Personen auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes standen, reißen nicht ab. Sowohl der NPD-Schatzmeister Erwin Kemna als auch der NPD-Landesvorsitzende Udo Holtmann werden als weitere V-Leute gehandelt, ohne dass klare Dementis von Seiten des Innenministeriums oder der Vefassungsschutzbehörde erfolgen. Bei der aktuellen Stunde im Bundestag blieb Schily Antworten auf Fragen zu diesem Thema schuldig.

Des öfteren sind in den letzten Jahren V-Mann-Tätigkeiten aufgedeckt worden, darauf wies die Abgeordnete Petra Pau (PDS) in der Debatte hin. Sie fragte: „Her Schily, können Sie ausschließen, dass Aussagen von Tino Brandt, Carsten Czepanski, Michael G. oder Michael Meier in den Verbotsantrag eingeflossen sind?"

Hinzuzufügen wären noch Thomas Dienel (Weimar), der ebenso wie Tino Brandt seine rechtsextremen Aktivitäten mit Honoraren finanzierte, die der Thüringer Verfassungsschutz zahlte.

Und nicht vergessen ist auch die Verstrickung des NRW-Verfassungsschutzes in den Aufbau der Solinger Neonaziszene. Hier hatte der Agent Bernd Schmitt aus Solingen als „Karatelehrer" unter den Augen des Wuppertaler Staatsschutzes und im Auftrag des Verfassungsschutzes eine Karateschule für Neonazis aus der Region aufgebaut, in der die Solinger Jungnazis „kanakenfreies Spezialtraining" bekamen, dieselben, die dann das Haus in Solingen anzündeten.

Ziel des NPD-Verbots weiter verfolgen!

„Die NPD ist eine antisemitische, eine aggressive, hetzerische, gewalttätige, verfassungsfeindliche Partei, die verboten gehört. Das sind wir den über einhundert Todesopfern der Neonazis, den Opfern von Mölln, Rostock, Hoyerswerda, den vielen anderen verletzten, den zum Teil für ihr ganzes verbleibendes Leben gezeichneten Opfern der braunen Gewalt, aber auch der deutschen und internationalen Öffentlichkeit schuldig", sagte Ulla Jelpke in ihrer Rede während der aktuellen Stunde des Bundestags.

Ein Rückzug aus Karlsruhe wäre das falsche Signal. Statt fragwürdiger Spitzel sollte das Gericht sich bei seiner Zeugenbefragung auf die Opfer und die vielen engagierten Experten stützen, die seit Jahren im Kampf gegen Rechts genug Informationen zusammengetragen haben, um die nazistische, rassistische und antisemitische Politik dieser Partei nachzuweisen.

Neonazis werden sich jetzt ermutigt fühlen, noch frecher zu agieren, das wird wahrscheinlich schon am 2.2. in Bielefeld zu sehen sein. Antifaschistische Gegenaktionen und Aufklärungsarbeit sind wichtiger denn je,. denn der „Aufstand der Anständigen" – der hat sich gründlich disqualifiziert *u.b.* ■

Wer ist Wolfgang Frenz?

Der Heilpraktiker Wolfgang Frenz aus Solingen (Jahrgang 1936) war Mitbegründer der NPD, von 1977 bis 1999 stellvertretender Landesvorsitzender der NPD NRW und zeitweise auch Beisitzer im NPD-Vorstand. Er war Mitglied der Redaktionsgemeinschaft „Deutsche Stimme" und Redakteur der NPD-Landespostille „Deutsche Zukunft". Von 1966 bis 1995 – 36 Jahre lang – war Frenz Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Er erhielt monatlich zwischen 600 bis 800 DM, die er angeblich der Partei spendete. In seinem im Frühjahr 1998 erschienenen Buch „Über den Verlust der Väterlichkeit oder Das Jahrhundert der Juden", redet Frenz Klartext:

„Auschwitz ist für die Juden der ganzen Welt ein religiöser und politischer Angelpunkt geworden. ... Wenn es Auschwitz nicht gegeben hätte, müsste es für die Juden von heute erfunden werden. Denn Auschwitz ist die Machtergreifung durch das vernetzte Judentum." (S.18)

„Hitler mit seinem Antisemitismus war genau gesehen ein Glücksfall für die Juden. Aus diesem hitlerischen Antisemitismus entstand die euphorisch stimmende semitische Massenhysterie, die zur Gründung des Staates Israel führte, dessen nationalistischer Größenwahn bisher die Welt in Atem hält. So war nach Verständnis vieler Juden der letzte Weltkrieg ein Religions- und Rassenkrieg. Es ging darum, die arisch-nordische Rasse zu vernichten, die noch über die Kraft verfügte, sich gegen eine Weltherrschaft durch Juden zu wehren."

Auf Seite 18f. heißt es: *„Daß deutsche Revisionisten mit geschichtlichem Wissen und naturwissenschaftlichen Forschungen Deutschland vom Schuldvorwurf befreien wollen, an den Juden einen Genozid verübt zu haben, darf nicht sein. Sie werden von denen mit rattenhafter Wut verfolgt, die von der Schuldhaftigkeit des deutschen Volkes Vorteile haben. Auschwitz ist für die Juden der ganzen Welt ein religiöser und politischer Angelpunkt geworden. (...) Auf Auschwitz gründet alles. Es ist die tönerne Säule, auf der die Fundamente der Bundesrepublik Deutschland ruhen. Fällt Auschwitz, stürzt auch das gegenwärtige politische System."*

Und weiter schreibt Frenz a.a.O. auf Seite 64: *„Wer diese Relativierung der Geschichte des Dritten Reiches verbietet, aber die einseitige Bewältigung zu Lasten Deutschlands verlangt, der will uns als Volk umbringen, denn relativieren heißt, etwas in Beziehung setzen und in einen Gesamtzusammenhang stellen. Darum zerstört und tötet unsere Seelen, wer die Relativierung von Auschwitz verhindert und unter Strafe stellt."* Und weiter auf Seite 89:

„Den Berichten, wonach es in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches, die eine innere jüdische Lagerverfassung und jüdische Lagerpolizei hatten, reges geistiges Leben mit Lageruniversität, Bibliotheken, Musik und Theateraufführungen, sportliche Betätigungen und ein erotisches Nachtleben gab, kommt eine größere Wahrheit zu, als den Berichten über Massengreuel, die das Andenken der in den Lagern verstorbenen Internierten ebenso schänden, wie die der deutschen Soldaten, die das Unglück hatten, diese Menschen bewachen zu müssen."

Das *rassistische* Machwerk kulminiert in der Schlussfolgerung: *„Man braucht eine regenerierte weiße Rasse und neue Führer, um Europa im alten Glanz wieder herstellen zu können."* (S. 67)

(alle Zitate nach PM Antifaschistische Initiative Wuppertal)



KOMMT EIN INNENMINISTER MIT 'NEM VERBOTSANTRAG...

NS-Kultursenator im Angebot

A-Graz/Stuttgart. Der im österreichischen Graz und in Stuttgart tätige „Leopold Stocker Verlag", für dessen Verlagsprodukte auch immer wieder in einschlägig rechten Zeitschriften geworben wird, hat unlängst eine Neuauflage des Buches „Zwischen Weiß und Rot" von Edwin Erich Dwinger vorgestellt. Dwinger (1898-1981) kämpfte nach dem 1.Weltkrieg in den Reihen der weißrussischen Armee Admiral Koltschaks gegen die junge Sowjetrepublik. Für seinen antikommunistischen Einsatz und dessen publizistische Rechtfertigung beriefen ihn die Nazis 1935 in den „Reichskultursenat". Bald darauf wurde Dwinger zum SS-Obersturmführer und Ehrenführer einer SS-Reiterstandarte ernannt. Während des 2.Weltkrieges war Dwinger, zum Teil mit Sondervol-machten des „Reichsführers SS", als Kriegsberichterstatter an der Ostfront „tätig". Rezensiert wurde das erstmals 1930 erschienene Buch von Dwinger auch im „Deutschland-Magazin" der „Deutschland-Stiftung". Eingeleitet wird die Neuauflage des „Stocker Verlags" mit einem 12-seitigen Vorwort des „Junge Freiheit"-Autors und Mitbegründers des „Institut für Staatspolitik", Götz Kubitschek, gegen dessen Entlassung aus einer Wehrübung die „Junge Freiheit" im vergangenen Jahr eine Unterschriftenaktion durchführte.

Der Graz-Stuttgarter Verlag verdient sein Geld aber nicht nur mit Büchern von Autoren wie Edwin Erich Dwinger, Rudolf Heß („Ich bereue nichts"), Otto Scrinzi („Südtirol-Chronik") und Claus-Martin Wolfschlag („Das antifaschistische Millieu") sondern zu einem beachtlichen Teil mit Büchern für Jäger, Landwirte, Imker, Fischer, Hobby-Köche und Gartenfans, sowie mit Zeitschriften wie „Der fortschrittliche Landwirt", „Bienen-welt" und „Schafe aktuell". *hma* ■

„Lebensschützer", Paneuropäer und Anthroposophen

Berlin/Meschede. Nicht nur in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung, sondern auch zur Thematik Gentechnik melden sich verstärkt sogenannte „Lebenschützer/innen" zu Wort. In einer im Dezember u.a. in der „FAZ" veröffentlichten Anzeige unter dem Titel „Stoppt PID & Klonen" sprechen sich 35 Organisationen in einem „Manifest für einen medizinischen Fortschritt nach menschlichem Maß" aus und nehmen der ohnehin schwachen Kritik aus fortschrittlichen Kreisen an den Kapitalinteressen an der Gentechnik den Wind aus den Segeln. Neben den bereits bekannten „Lebensschützer"-Verbänden wie „Aktion Lebensrecht für Alle e.V." (AlfA), der CDU/CSU-Initiative „Christdemokraten für das Leben" (CDL), „Juristen-Vereinigung-Lebensrecht e.V." (JVL), „Liberaler Gesprächskreis Lebensrecht" (LGL) und dem „Treffen Christlicher Lebensrechtsgruppen e.V." finden sich dort Arbeitskreise der ÖDP, die „Paneuropa-Union Deutschland e.V.", die „Aktionsgemeinschaft katholischer Laien und Priester", der „Bund Katholischer Unternehmer" (BKU), das „Forum Deutscher Katholiken", die „Bundesvereinigung für Anthroposophische Heilpädagogik und Sozialtherapie e.V.", aber auch die „Deutsche Assoziation des Malteserordens" und der „Malteser Hilfsdienst e.V.".

„Mehr als 1 Million Bürger unterstützen die Kampagne bereits", heißt es in der „FAZ"-Anzeige, in der dazu aufgefordert wird Druck auf die Bundestagsabgeordneten auszuüben und Gelder für Demonstrationen wie am 29.9. vergangenen Jahres vor dem Reichstag zu spenden. Als Spendenkonto wird das der „Stiftung Ja zum Leben" in Meschede angegeben, die im selben Haus wie die CDU/CSU-Initiative „Christdemokraten für das Leben" untergebracht ist. Schirmherr dieses „Manifests" ist Robert Antretter (SPD), ehemals Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. *hma* ■

Einschlägige Werbung

Düsseldorf/Oberhausen. Die „Deutsche Umschau", Organ des noch immer aus Steuermitteln unterstützten „Bund der Vertriebenen" in Hessen und Nordrhein-Westfalen, wirbt in ihrer Dezember-Ausgabe für die Nachdrucke von drei Wahlplakaten von SPD, FDP und CDU, die vom „WEGEOR-Werbedienst" in Oberhausen zum Preis von 10 DM angeboten werden. Geworben wurde für die Nachdrucke der Plakate aus den 50er Jahren mit Aussagen zur deutschen „Wiedervereinigung" bereits im Jahre 1998. Damals noch von der neofaschistischen Monatsschrift „Unabhängige Nachrichten". In einer Anklageschrift der Mainzer Staatsanwaltschaft aus dem Jahre 2000 wurde die Zeitschrift als „rassistisches und rechtsextremes Blatt" bezeichnet. Das Blatt selbst rühmt sich damit, das man ihm „bis heute nichts Strafbares nachweisen" kann. Ihren Sitz haben die „Unabhängigen Nachrichten" (geschätzte Auflage: 10000 Exemplare), die von „unabhängigen Freundeskreisen" herausgegeben werden, unter der gleichen Oberhausener Anschrift wie die WEGEOR GMBH: Alstadener Straße 49. Auch für den eng mit den „Unabhängigen Nachrichten" zusammenarbeitenden „Deutschen Rechtsschutzkreis e.V." wurde die WEGEOR GmbH in der Vergangenheit tätig, so u.a. als Verlag und Druckerei deren Informationsblattes „Recht und Justiz. Mitteilungen zur Entwicklung des Rechtslebens im politischen Bereich". *hma* ■



Solingen, Auswirkungen, Konsequenzen

Der Verein zur Völkerverständigung / SOS Rassismus Solingen e.V. hat ein Buch herausgegeben, das sich mit dem Solinger Brandanschlag, seinen Auswirkungen und Konsequenzen beschäftigt. Die Dokumentation wurde teilweise von wissenschaftlichen Mitarbeitern der Universität Wuppertal begleitet und versucht so wertfrei wie möglich mit der komplexen Thematik umzugehen. Die Dokumentation zeigt auf, wie Solinger Bürger heute auf die Ereignisse von damals reagieren und wie sich das Verhältnis zwischen deutschen und nicht-deutschen Solingern entwickelt hat. Sie unternimmt diverse Diskurse in den Migrationsbereich und spricht Chancen und Möglichkeiten eines friedlichen Miteinanders unterschiedlicher Ethnien an. Sie hinterfragt, ob Solingen übertragbar ist oder ein tragischer Ausnahmefall war. Sie beleuchtet, wie die Ereignisse Pfingsten 93 auf die Stadt gewirkt haben, was in der Stadt passiert ist und wie die Stimmung in der Bevölkerung im Vergleich von damals zu heute ist. Die 220 Seiten umfassende Dokumentation ist als ein Teil der Arbeitsergebnisse der bisherigen Vereinstätigkeit zu verstehen und konnte Dank eines Zuschusses vom Solinger Bündnis für Toleranz und Zivilcourage realisiert werden.

Die Dokumentation kann von allen Interessenten zu einem Preis von 13 Euro beim Verein (Selbstverlag) bestellt werden.

SOS Rassismus Solingen e.V. wird diese Dokumentation langfristig im Rahmen politischer Bildungsarbeit einsetzen und sie steht für Seminare, Workshops und Podiumsdiskussionen ab sofort zur Verfügung.

Verein zur Förderung der Völkerverständigung e.V., Postfach 10 11 91, 42611 Solingen, Tel. 0212-20 10 00, Fax 0212 - 20 51 37, www.sos-rassismus-solingen.de

Agnes Miegel – Propagandistin des NS-Regimes

Nicht nur in der „Agnes-Miegel-Gesellschaft“ und der „Landsmannschaft Ostpreußen“ steht die als „Mutter Ostpreußens“ verehrte Publizistin Agnes Miegel (1879-1964) noch heute hoch im Kurs. Zahlreiche Straßen und Schulen in bundesdeutschen Städten und Gemeinden, nicht nur in Bad Nenndorf, Miegels letztem Wohnort, sind nach Agnes Miegel benannt. Zu Unrecht, wie das „Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus“ meint, das bereits im letzten Jahr eine Broschüre unter dem Titel „Agnes Miegel - Propagandistin des NS-Regimes“ herausgegeben hat. Auf mehr als 50 Seiten untersuchen die Hertener Antifaschistinnen und Antifaschisten Miegels Leben und Werk und kommen zu dem Schluss: Agnes Miegel war „eine Stütze des NS-Regimes“. Und: Agnes Miegel „ist wirksam in der „braunen Szene“ – gestern wie heute“, sagen die Hertener und verweisen darauf, dass die Miegel auch nach der Zerschlagung des NS-Regimes ihre alten Kontakte aufrecht erhielt. So u.a. als Autorin von „Exclusivbeiträgen“ für die neofaschistische Zeitschrift „Nation Europa“, die 1951 von dem ehemaligen SS-Sturmbannführer und Chef der Bandenbekämpfung im Führerhauptquartier, Arthur Ehrhardt, gegründet wurde. Abgedruckt sind in der Broschüre auch zahlreiche einschlägige Dokumente zum Wirken Agnes Miegels während des NS-Regimes und ein Literaturverzeichnis. Erhältlich ist die Broschüre zum Preis von 2 Euro plus Porto bei Detlev Beyer-Peters, Ostwall 19 in 54701 Herten. *hma* ■

Neonazi Krick verhaftet!

AACHEN. Der in den Niederlanden untergetauchte deutsche Nazi-Kader Michael Krick (Sauerländer Aktionsfront) ist in Hoek van Holland bei der versuchten Ausreise nach England verhaftet worden. Krick war auf der Flucht vor den deutschen Behörden seit einigen Monaten in den Niederlanden untergetaucht. Von dort aus hatte er den bewaffneten neonazistischen Kampf „nach Vorbild der ETA“ propagiert.

Außerdem war er in die versuchte Flucht anderer deutscher Neonazis Richtung Niederlande involviert, die in München einen griechischen Migranten lebensgefährlich verletzt hatten. Krick hielt sich zuletzt im Umfeld der „Nederlandse Volks Unie“ (NVU) auf. Über die konkreten Gründe der Festnahme zum jetzigen Zeitpunkt und die genauen Umstände ist noch nichts bekannt.

i *Antifaprojekt an den Aachener Hochschulen,*
eMail: aachen@antifaprojekt.de
Homepage: http://www.antifaprojekt.de

Breitet Schill-Partei sich weiter aus?

HAMBURG. Diversen Zeitungsberichten zufolge scheint die Schill-Partei ihre Fühler doch weiter auszustrecken als nur nach Sachsen-Anhalt. Dort beteiligt sich die Partei an der Landtagswahl am 21. April 2002.

Die *FR* vom 10. Januar meldete, der frühere Vorstandschef der Salzgitter AG, Hans-Joachim Selenz, unterstütze ein Antreten der Schill-Partei zur nächsten Landtagswahl. Er habe die FDP verlassen und gehöre seit Beginn des Jahres der Schill-Partei an. Man werde in Niedersachsen kandidieren, um mit CDU und FDP einen Regierungswechsel herbeizuführen. Außer in Sachsen-Anhalt wolle die Partei auch in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein bei den nächsten Landtagswahlen kandidieren.

Die *„junge Welt“* vom 25. Januar berichtet vom Aufbau von Kreisverbänden der „Rechtsstaatlichen Offensive“ Schills in Brandenburg. Am Wochenende werde eine Delegation nach Hamburg reisen, dort würden sie auf „Eignung“ überprüft, Parteigliederungen in der Region auf die Beine zu stellen. Außerdem habe ein „Hessenbeauftragter“ der Partei erklärt, man sei gerade dabei, auch in Hessen Fuß zu fassen. Nach Informationen des Hessischen Rundfunks soll ausgerechnet der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete Heiner Hofsommer den Aufbau der Partei in Hessen betreiben. Im Dezember sah sich das staatliche Schulamt Hessen gezwungen, den Pädagogen wegen rassistischer Äußerungen mit sofortiger Wirkung ins eigene Haus zu versetzen. Schüler einer siebten Klasse hatten zuvor wegen des Lehrers eine Woche lang mit Rückendeckung der Eltern den Unterricht boykottiert. Gegenwärtig prüft die Staatsanwaltschaft, ob sich Hofsommer wegen Volksverhetzung vor Gericht verantworten muss.

Bereits im Dezember hatte die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, in der sie auf Berichte über Rechtsextremismus im Umfeld der „Schill-Partei“ hinweist (siehe auch Artikel von U. Jelpke in An 26-01). Die Antwort der Bundesregierung besteht aus zwei Sätzen: „Das Bundesamt für Verfassungsschutz sammelt über die in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“ keine Informationen. Es bewertet auch nicht Erklärungen rechtsextremistischer Parteien und Organisationen. die sich auf diese Partei beziehen.“ (Fehler im Original)

Sollte der VS hier tatsächlich so untätig sein? Noch keinen V-Mann angeworben oder selbst mit tätig geworden? „Rechtsstaatliche Offensive“ hört sich ja auch fast so an wie „Aufstand der Anständigen“, kein Grund zur Beunruhigung oder Wachsamkeit also – zumindest nicht für die Bundesregierung.

BT-Drucksache14/7772, JW, 25.1.02, FR 10.1.02, – u.b. ■

Neue Anklage gegen Ex-NPD-Chef Deckert

MANNHEIM. Die Mannheimer Staatsanwaltschaft hat erneut Anklage wegen Volksverhetzung gegen den ehemaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert erhoben. Die Anklage wirft dem 62 Jahre alten Rechtsextremisten vor, antisemitisches Gedankengut in einer Strafanzeige gegen Arno Hamburger, den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Nürnberg, geäußert zu haben. In seiner Anzeige habe Deckert alle in Deutschland lebenden Juden einer Rasse im Sinne der NS-Ideologie zugerechnet, teilte die Staatsanwaltschaft mit.

Im Sommer 2001 hatte Deckert seine Kandidatur für den Posten des Nürnberger Oberbürgermeisters angekündigt. Hamburger, der auch für die SPD im Nürnberger Stadtrat sitzt, hatte den mehrfach vorbestraften Deckert daraufhin als „Verbrecher“ bezeichnet. Deckert konterte mit einer Beleidigungsanzeige gegen Hamburger. In der Anzeige schrieb er laut Medienberichten: „Und auch von einem Juden lasse ich mich nicht als Verbrecher bezeichnen. Verbrechen sind das, was seine Rasse- und Religionsgenossen schon seit Jahrzehnten in Palästina an den Palästina-Arabern verüben.“

Die Anklage gehe davon aus, dass Deckert eine Veröffentlichung seiner Aussagen bewusst in Kauf genommen habe, hieß es dazu in der Mitteilung der Mannheimer Staatsanwaltschaft.

Deckert war im Herbst 2000 nach Verbüßung einer fünfjährigen Gefängnisstrafe entlassen worden. Der Wahlprüfungsausschuss der Stadt Nürnberg will am 22. Januar offiziell über die Frage der Zulassung von Deckerts OB-Kandidatur entscheiden, wie das Nürnberger Rechtsdezernat mitteilte.

Anm. der Redaktion: In der Liste der fünf Nürnberger OB-KandidatInnen findet sich Deckert nicht.

Quelle: RP-Online vom 11.01.02, Nürnberger Nachrichten 23.01.01 ■

26. Januar: Aktionstag gegen Nazi-Aktivitäten

FRANKFURT. Die Anti-Nazi-Koordination Frankfurt wird am Samstag, den 26. Januar, am Vorabend des Gedenktages für die Befreiung der Überlebenden des KZ-Auschwitz (27. Januar 1945) einen Aktionstag durchführen. Es wird drei Infostände geben. Dabei soll das Gedenken an die Opfer von Faschismus, Rassismus und Antisemitismus verbunden werden

mit einem aktuellen Aufruf, gemeinsam Schritte gegen auch in diesem Jahr geplante Nazi-Aktivitäten zu unternehmen:

◗ Für den 1. Mai hat die militante Neonazi-Truppe um Steffen Hupka einen Marsch durch Frankfurt angekündigt.

◗ Für den Bundestagswahlkampf verbreitet die NPD, sie werde Frankfurt zu einem Schwerpunkt des Wahlkampfes machen und mit Direktkandidaten antreten.

Mitglieder der Anti-Nazi-Koordination werden außerdem am 31. Januar vor der Stadtverordnetenversammlung anwesend sein (offizieller Beginn: 15 Uhr, Rathaus Römer), um den Stadtverordneten einen Offenen Brief zu übergeben, in dem Schritte gegen die Nazi-Aktivitäten am 1. Mai gefordert werden. Von 13 bis 14 Uhr wird es deshalb eine Kundgebung auf dem Römer geben. Der Offene Brief wird bereits am Aktionstag an den Infoständen erhältlich sein. Er fordert die Stadtverordneten auf, am 28. Februar eine Resolution zu beschließen. Der von der Koordination vorbereite Resolutionsentwurf enthält drei Punkte, und zwar – zusammengefasst:

1. Das Plenum nimmt den Aufmarsch der Neonazis nicht hin und fordert die Behörden auf, alle juristischen Mittel für ein Verbot auszuschöpfen.
2. Sollte die Stadt juristisch zu einer Duldung gezwungen werden, hätte das nichts mit politischer Neutralität zu tun. Vielmehr wird jede Form von Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus, die durch den Aufmarsch zum Ausdruck kommt, verurteilt.
3. Falls die Gerichte ein Verbot nicht bestätigen, fordern die Stadtverordneten die Bevölkerung auf, den Protest auf die Straße zu tragen. Die Polizei wird gebeten, mit den Gegendemonstranten zu kooperieren.

PM der Anti-Nazi-Koordination, ola ■

Peinlich, Peinlich

FRANKFURT/ODER. Rund 30 Neonazis folgten am12.1.02 dem Aufruf der „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands (IWG)“ und deren Vorsitzenden Georg Paletta und fanden sich zu einer Demonstration unter dem Motto „Recht auf Heimat“ am Frankfurter Hauptbahnhof ein. Nur einer durfte anscheinend längere Reden halten – der Chef der IWG höchstpersönlich nämlich, Georg Paletta. Bevor er dies aber tat, beharrten die 30 Neonazis auf ihrem Demonstrationsrecht und marschierten durch die Grenzstadt.

Auf der Gegenseite fanden sich zirka 100 Jugendliche am Hauptbahnhof ein. Zuerst mussten die friedlichen GegendemonstrantInnen die Entschlossenheit der Ordnungskräfte spüren, den Aufmarsch der Neonazis durchzusetzen.

Fortsetzung Seite 6



ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

NPD marschierte in Magdeburg

Rund 300 Neonazis von NPD und Kameradschaften marschierten am 19. Januar durch Magdeburg. Anlass für den Aufzug der Rechtsextremisten war der 57. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs durch die Alliierten am 16. Januar 1945.

Seit 1996 hatten Neonazis an den offiziellen Gedenkveranstaltungen der Stadt auf dem Magdeburger Westfriedhof teilgenommen. Dominierten Mitte der 90er die wenigen Anhänger des REP Landesverbandes Sachsen-Anhalt unter den rechtsextremen Teilnehmern, so nahmen ab 1998 jährlich mehr Neonazis der „Freien Nationalisten“ am Trauerfestakt der Stadt teil. In den vergangenen Jahren hatte sich weder das Stadtparlament, noch er Oberbürgermeister zu einer klaren Distanzierung von der Teilnahme der Neonazis durchringen können. Selbst als die rechte Szene vor zwei Jahren ein geschichtsrevisionistisches Flugblatt unter dem gleichnamigen Titel „Da färbte sich der Himmel blutrot“ einer Gedenkausstellung der Stadt verteilte, schritten die Behörden nicht ein. Antifaschisten hatten in der Vergangenheit wiederholt kritisiert, der Aufwand des Gedenkens zum Tag der Bombardierung der Stadt stehe in keinem angemessenen Verhältnis etwa zu den Gedenktagen 9. November oder 27. Januar.

Anmelder des rechten Aufzuges am 19.01. war Magdeburgs NPD - Kreisvorsitzender Matthias Gürtler. Er gehörte bis zu ihrer Auflösung am 16. Januar ebenfalls in Magdeburg, der sogenannten „revolutionären Plattform“ in der NPD an. Gürtler ist Inhaber der Gaststätte „Zum Reinheitsgebot“ in der Magdeburger Innenstadt, in deren Räumlichkeiten Schulungsveranstaltungen und Kameradschaftsabende stattfinden. Mobilisiert hatte der NPD Kreisverband die regionale rechte Szene. So nahmen neben anderen NPD Kreisverbänden auch die Kameradschaften aus Köthen und Schönebeck teil. In scharfen Worten geißelten die NPD Redner Gürtler und Biere die alliierten Bombardierungen und zogen Parallelen zur amerikanischen Kriegsführung in Irak und Afghanistan. Für die nächste Zeit kündigten sie eine Wiederholung des Aufzuges an. Am Denkmal für die Opfer des Bombenangriffs legten die Neonazis Kränze nieder.

Der Aufzug führte die Neonazis durch einen ehemals alternativen Stadtteil, in dem sich Ausländer und alternative Jugendliche noch relativ ungefährdet bewegen können. Zu Gegenaktionen hatten sowohl das „Bündnis gegen Rechts“ als auch antifaschistische Jugendgruppen aufgerufen. Während sich das Bündnis zu einer Kundgebung traf, zogen die unabhängigen Antifaschisten unter dem Motto: „Das Gestern im Heute begreifen“ durch den Stadtteil. Jugendinitiativen und Antifaschisten werteten es als Teilerfolg, das es den Neonazis nicht gelungen sei, die Straßen von Stadtfeld zu dominieren.

Corinna Brandt, Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg ■

Sie wurden mit aller Gewalt auf den Gehweg abgedrängt. Straße frei für die Nazis.

Rund eine halbe Stunde gingen die Neonazis durch das verschlafene Frankfurt. Scheinbar niemand hat sie gehört – außer den GegendemonstrantInnen, die mittels der einschlägig bekannten Sprechchöre die 30 Ewiggestrigen übertönten.

Bereits auf dem Rückweg bekamen die Neonazis dann doch noch die Entschlossenheit der FrankfurterInnen zu spüren. Rund 50 Menschen bildeten kurz vor der Kreuzung zur Heilbronner Str. eine Sitzblockade. Der Einsatzleiter der Polizei pfiff die herannahenden behelmten knüppelwütigen Potsdamer Kollegen sofort zurück. „Hier wird nicht geräumt" – Zehn Minuten gab er den Protestierenden. Nachdem die Neonazis auf dem Gehweg die Blockade umgingen, liefen sie zurück zum Hauptbahnhof, wo ihr Versammlungsleiter, Georg Paletta, eine grandiose Grundsatzrede hielt. Vielleicht mag sein hohes Alter einiges entschuldigen, aber fallen folgende Zitate auch darunter? „Michail Gorbatschow hat im Rahmen der 2+4-Verträge Deutschland die Rückgabe der Ostgebiete angeboten. Sogar Polen war damit einverstanden. Aber der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher machte einen Strich durch die Rechnung."

Über solche und ähnliche Äußerungen und Palettas weitere Ausführungen über die gestiegenen Benzin- und Heizölpreise, den bösen Euro und Sätze wie „Das deutsche Volk ist dumm geworden." machten sich nur die herumstehenden Polizisten und die Antifas hinter den Polizeiketten lustig. Das Gelächter der Linken brachte die Nazis offensichtlich so durcheinander, dass sie nicht mehr wussten, wem sie zuhören sollten. Offenbar haben sie das Klatschen verlernt – verständlich, denn Paletta ließ es sich nicht nehmen glatte 30 Minuten im Führerstil einen Unfug zu erzählen, den selbst die nationale Jugend nicht mehr verstand. Um die Schmach ein wenig abzukürzen sang die von Paletta als „Zukunft Deutschlands" bezeichnete Glatzenschar noch die erste Strophe der deutschen Nationalhymne, bevor sie sich in ihre Züge und Autos verkroch. Eine Feststellung ließ sich der Megaphon-Halter Palettas aber vor der Abreise nicht nehmen:

„Es ist unmöglich, wenn wir hier mit Schneebällen beworfen werden. Denn wir wissen, heute sind es noch Schneebälle – im Frühjahr werden es Steine sein, die sie auf uns werfen."

Am 9. Februar geht es weiter – die gleiche Demo unter dem gleichen Motto in Guben. Weitere Infos hierzu findet sich bei Palettas Privatinitiative IWG im Internet unter http://www.gesamtdeutschland.de.

antifanews 12.01.2002 ■

Keine nationales Zentrum für Jena!

Jena. Zu der Kundgebung des Aktionsbündnisses gegen Rechts, der Jenaer Friedensinitiative und des Runden Tisches gegen ein nationales Jugendzentrum in Jena fanden sich am Samstag, den 12.1.2002 ca. 400 Personen vor der Stadtkirche ein. Reden wurden von Dietmar Härtel, DGB, Christoph Schwind (Bürgermeister Jena), Superintendent D. Kamm (evangelische Kirche), Marco Schrul (Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses) und dem Infoladen gehalten. Einstimmig kam darin ein klares NEIN zu einem nationalen Jugendzentrum zum Ausdruck. Ab 13 Uhr öffnete das Cafe in der Stadtkirche und bot Möglichkeiten zum Gespräch, Informationen und Filme (zum NJB Zittau und Beiträge von der Kundgebung auf dem Jenaer Markt). Durch die fast aussichtslose Lage auf den Markt zu kommen, wurden besonders die vom Markt gefilmten Beiträge mit großem Interesse aufgenommen. Gegen 18 Uhr wurde die Kundgebung beendet. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass das breite Spektrum der Teilnehmer an der Kundgebung des Aktionsbündnisses und des Runden Tisches den JungNationalen eindeutig gezeigt haben müsste, welche Unterstützung sie für ein nationales Jugendzentrum in Jena zu erwarten haben – nämlich keine.

Zu der Kundgebung der Nationalen Jugend Jenas erschienen ca. 80 JungNationale – unter ihnen Ralf Wohlleben (Kreisvorsitzender der NPD Jena) sowie Andre Kapke (Thüringer Heimatschutz). Thema war die Forderung nach einem selbstverwalteten nationalen Jugendzentrum, allerdings konzentrierten sich die Reden von Ralf Wohlleben und Christian Kaiser (Sprecher der nationalen Jugend Jenas) auf Diffamierung von Projekten der Stadt Jena wie das Stadtprogramm gegen Rechtsextremismus etc.. Durch zwei Liedermacher aus Thüringen, Karaoke und eine Tombola wurde versucht die Zeit zu füllen. Gegen 18 Uhr wurden die JungNationalen unter Polizeischutz aus dem Stadtzentrum geleitet. Von den JungNationalen selber wird auf ihrer Homepage die Veranstaltung als erfolgreich eingeschätzt. Angekündigt wird außerdem, dass sie diese Art des Protestes in Kürze wiederholen werden, denn: „(...) so lange die Stadt uns keine Räume zur Verfügung stellt, erklären wir halt den Jenaer Markt als unser Jugendzentrum. (...)"

Autor? ■

„Kampfgruppe 29" aktiv

Emmendingen. Am 16. Januar wurde in der Emmendinger Berufsschule ein nazistisches Pamphlet verteilt. Damit meldete sich eine „Kampfgruppe 29" der „White Squarts Germany" zu Wort. Der Inhalt ist so eindeutig, dass man gespannt sein kann, wie Polizei und Justiz darauf reagieren. Zu KZs und Zwangsarbeit heißt es:"Juden und andere instabile Elemente mussten aus der Gesellschaft entfernt werden und waren bzw. sind Feinde des deutschen Volkes." Weiter ist die Rede von „rassebedingter Feindseligkeit" und „Abschaum der Menschheit"… Das reicht wohl.

Wenn der als verantwortlicher Verfasser angegebene Lehrling Andreas Riess („Propagandist für Öffentlichkeitsarbeit") wirklich diesen Text geschrieben hat, muss er eine gründliche Schulung in Nazi-Ideologie erhalten haben. Ist die Bezeichnung „Kampfgruppe 29" nicht willkürlich, dann muss es noch zumindest 28 weitere Kampfgruppen geben – der Aufklärungsbedarf ist erheblich! *huf* ■

Aktuelle Tendenzen beim „Studienzentrum Weikersheim e.V.

Berlin. In einer Kleinen Anfrage hatte die PDS-Abgeordnete Ulla Jelpke nach Indizien für einen rechten Kurswechsel beim „Studienzentrum Weikersheim" unter seinem neuen Präsidenten Klaus Hornung gefragt. Hornung sei ständiger Mitarbeiter der „Jungen Freiheit" und publiziere im rechtsextremen Hohenrain-Verlag von Wigbert Grabert (Tübingen). 1990 habe Hornung für den „Schutzbund für das deutsche Volk" die Flugschrift „Sturm auf Europa - Eine Zeitbombe tickt" verfasst, die in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation & Europa" nachgedruckt wurde. Den Aufruf Schröders zu einem „Aufstand der Anständigen" kommentierte Hornung im „Deutschlandmagazin" (2/2000): „Diesem ... massenpsychologischen Trick stehen alle totalitären Muttermale auf der Stirn geschrieben. Nicht nur, dass hier eine Verquickung von Politik und Moral stattfindet, die Kennzeichen aller fundamentalistischen und totalitären Bewegung ist, ... Wir erleben in diesen Monaten einen tiefgreifenden ‚stillen' Verfassungswandel vom freiheitlich-pluralistischen Rechtsstaat des Grundgesetzes von 1949 zu einem ‚fortschrittlich-antifaschistischen' Ideologiestaat." Die Bundesregierung lehnt in ihrer Antwort jede inhaltliche Stellungnahme zur Person Hornungs und zur Arbeit des Studienzentrums ab. Sie sehe keinen Anlass sich mit Objekten zu befassen, die nicht vom Verfassungsschutz beobachtet würden und beteilige sich nicht an Spekulationen. Das Studienzentrum Weikersheim erhielt von der Bundeszentrale für politische Bildung in den letzten zehn Jahren 193.255 DM, vom Bundespresse- und Informationsamt jährlich zwischen 10000,- (1998) und 90000,- DM (1992). Über finanzielle Zuwendungen für 2002 sei noch nicht entschieden. *BT-Drucksache 14/7931 - u.b.* ■

Kasten dicht halten!

Aufruf zu antifaschistischen Aktionen anlässlich der Nazi-Aufmärsche am 2. Februar und am 2. März in Bielefeld

Seit dem 27. Januar 2002 wird die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ in Bielefeld gezeigt. Ebenso wie in anderen Städten wollen auch diesmal junge und alte (Neo-)Nazis gegen die Ausstellung protestieren, die für sie das Bild der „sauberen Wehrmacht“ besudelt.

Die Proteste der Nazis gegen die Ausstellung waren zum Teil erfolgreich. Das lag vor allem daran, dass bis weit in die bürgerliche Mitte ein Geschichtsbild vorherrscht, welches unterscheidet zwischen einer bösen SS, die alleine für Völkermord und Kriegsverbrechen verantwortlich gewesen sei, und einer guten Wehrmacht, der Armee „unserer Väter und Großväter“.

Die Ausstellung belegt die aktive wie passive Beteiligung der Wehrmacht an den Kriegsverbrechen: dazu gehören die Deportationen und Vernichtung von JüdInnen, Sinti und Roma und Homosexuellen und der Mord an Kriegsgefangenen, Behinderten, Andersdenkenden und politischen GegnerInnen. Der Vernichtungskrieg war nicht nur ein Projekt der nationalsozialistischen Eliten. Die Ausstellung weist nach, dass die Verantwortung für die Verbrechen bis in die untersten Dienstgrade reicht. Ein Großteil, der am Krieg beteiligten Deutschen hat dieses Vorhaben mitgetragen und umgesetzt. Das aufzuzeigen, ist das Verdienst der Ausstellung.

Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, der im Zusammenhang mit der Ausstellung steht: Seit 1989 gibt es die gesellschaftliche Tendenz, das Kapitel des Nationalsozialismus als abgeschlossen, aufgearbeitet und bewältigt zu behandeln. Dies zeigt sich z. B. darin, dass die Forderungen der ZwangsarbeiterInnen nach Entschädigung endgültig abgewickelt werden, und auch dass Auslandseinsätze der Bundeswehr wieder möglich sind. Wurden früher Kriege von „Deutschem Boden“ aus wegen Auschwitz für unmöglich erklärt, so werden sie heute damit legitimiert, dass ein angeblich „weiteres Auschwitz“ in anderen Ländern, wie z. B. im ehemaligen Jugoslawien, mit Waffengewalt verhindert werden müsse. Indem die AusstellungsmacherInnen nur wenig nach der Vorgeschichte des Vernichtungskrieges fragen, oder die Kontinuitäten bis in die heutige Gesellschaft aufzeigen, stellen sie ihn als ein von anderen gesellschaftlichen Entwicklungen isoliertes Phänomen dar. Das Nicht - Infragestellen von Militär an sich wird erleichtert und die Abgrenzung von der Wehrmacht ermöglicht. Damit wird ein weiterer Schlussstrich unter die Vergangenheit gezogen. Diese Historisierung als eine Säuberung der deutschen Geschichte spielt den nationalkonservativen und rechtsradikalen Kräften in die Hand.

Das Ziel der Nazis bzw. ihrer legalen Plattform, der NPD, ist es, mittels eines weit verbreiteten revisionistischen Geschichtsbildes den Schulterschluss mit dem Rest der Gesellschaft zu üben, um dadurch ihre rassistischen und antisemitischen Parolen an die Frau und den Mann zu bringen.



Auch in Bielefeld treten die Schnittstellen zwischen Mitte/Rechts und Rechtsaußen offen zu Tage. So weigern sich CDU, FDP und BfB (Bürgergemeinschaft für Bielefeld) der „Wehrmachtsausstellung“ jedwede finanzielle und ideelle Unterstützung zuzusagen oder eine Empfehlung an SchülerInnen zu geben, die Ausstellung zu besuchen. Mit der CDU und der „Oetker-Partei“ BfB taten dies nun gerade die Ratsfraktionen, die für eine Ehrung der Familie Kaselowsky eintraten, indem sie erst vor kurzem eine Straße nach ihr benannten. (Kaselowsky war Leiter der Firma Oetker während des Nationalsozialismus. Er unterstützte die NSDAP schon frühzeitig und war Mitglied im handverlesenen Industriellenclub „Freundeskreis des Reichsführers SS Himmler“.)

Das Verhalten der bürgerlichen Bielefelder Ratsmehrheit bestärkt die Nazis nur in ihrer Sicht, als selbsternannte militante Elite die Einstellungen des Großteils der Bevölkerung auf die Straße zu tragen. ...

Die Nazis bedienen sich in den letzten Jahren einer Doppelstrategie: Die NPD dient den Neonazis als legale Plattform, sie übernimmt die offizielle Seite. So z. B. meldet sie auch am 2. Februar in Bielefeld einen Aufmarsch an. Die „Freien Kameradschaften“ sind das Sammelbecken militanter FaschistInnen, die größtenteils aus Anfang der 90er Jahre verbotenen Organisationen wie der FAP oder der NF stammen. NPD und „Freie Kameradschaften“ arbeiten in Ostwestfalen-Lippe eng zusammen. Drahtzieher der „Freien Kameradschaften“ in Ostwestfalen-Lippe ist Bernd Stehmann. Er erhielt seine Schulung in mittlerweile verbotenen Organisationen und leitet als regionaler „Führer“ die Neonazigruppen an.

Diese Kameradschaftsstrukturen stellen die treibende Kraft für Aktionen und Aufmärsche der Nazis in Deutschland dar. Auch im Vorfeld der Bielefelder Demonstrationen meldeten sie etwa einen Aufmarsch am ehemaligen KZ und der SS-Kultstätte Wewelsburg (bei Paderborn) unter dem vielsagenden Motto „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ an. Aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ wurde auch der Naziaufmarsch am 2. März 2002 in Bielefeld angemeldet.

Mittlerweile ist bekannt, dass die NPD bundesweit zu dem Aufmarsch in Bielefeld aufruft und sich auch das militante Nazi-Spektrum an diesem beteiligen wird. Ein Auftreten der Nazis in dieser Größenordnung hat es in Bielefeld seit 1945 nicht gegeben.

Wir rufen dazu auf, sich den Nazis aktiv in den Weg zu stellen und sich an den antifaschistischen Aktionen zu beteiligen. Kein Fußbreit den FaschistInnen! Nicht hier und nicht anderswo!!!

(aus Platzgründen gekürzt) ■

Den Aufruf unterstützen: ArbeiterInnen Jugendzentrum (AJZ), Bielefeld, Antifa-AG der Uni Bielefeld, Internationales Autonomes Fraunen Lesben Referat der Uni Bielefeld, Feministische Antifa, Bielefeld, Antifasch. Kreisplenum Gütersloh, Sozialististische Kulturarbeit (SKA), Gütersloh, Autonome Demo-Sanis, Bielefeld, Antifa West, Bielefeld, InnenStadtAktionsgruppe (isag), Bielefeld, Rote Hilfe Og. Bielefeld, AJZ Druck & Verlag, Bielefeld, Welthaus Bielefeld, Naturfreundejugend Bielefeld, Antifa-AG der Fachhochschule Bielefeld, VVN/BdA Bielefeld

Für Volk und Vaterland...



„Kein Friede ... “



„ ... ohne Gerechtigkeit“



Köln. Am 17. Januar war es wieder so weit: Kölns Kardinal Meisner zelebrierte den „Soldatengottesdienst“ im Kölner Dom, ausgerechnet anlässlich des „Weltfriedenstags 2002“. Und wie in jedem Jahr protestierte die Friedensbewegung. Sie hielt dem NATO-Soldaten-Volk, dem Prediger und den Passanten Transparente und Sandwiche entgegen. „Mit Meisners Segen in den Kugelregen“ hieß es da z. B. oder „Kriege verhindern, Rüstung ächten“ oder als Zitat des Kardinals: „In betenden Händen ist die Waffe vor Missbrauch sicher.“ So predigte er 1996. Diesmal lautete das markanteste Zitat folgendermaßen: „Zwei Steine, die beieinander liegen, behindern und bedrohen sich.“ Eine Diskriminierung der friedfertigen Steine! Wir jedenfalls finden Armeen, die sich gegenüber stehen, bedrohlicher!

Da es sich um einen NATO-Soldaten-Gottesdienst handelte, waren hier Vertreter aktiv kriegführender Truppen angerückt – darunter sicher viele solcher deutscher Michel, wie sie das Transparent der Kölner Friedensgruppe „Pax an“' zeigte: Ihm – dem Michel – wird mittels „Nürnberger Trichter“ die Legitimation des Afghanistan-Kriegs durch Kardinal Meisner, Bundeskanzler Schröder und Verteidigungsminister Scharping eingeflößt. Allerlei Waffen und ein Wortsalat aus „humanitär, kollateral, Terrorismus, Kreuzzug, Menschenliebe, Schurkenstaat, Solidarität, Islam = intolerant, bla, bla, bla“' sind da abgebildet. Auf dem Flugblatt war zu lesen, welche Argumente Kriegsbefürworter und Kriegsgegner anführen – Fazit „Wie wäre es, wenn

- wir uns als Zivilmacht profilieren, indem wir Methoden gewaltfreier Konfliktbearbeitung anwenden?
- wir uns dafür einsetzen, den Nährboden des Terrorismus auszutrocknen, indem wir an einer gerechten Weltwirtschaftsordnung arbeiten?“

Es ergaben sich auch Diskussionen mit Soldaten. Dabei fiel auf, dass unter ihnen die US-Politik heftig kritisiert wird. Dennoch befürworten sie militärische Mittel zur Bekämpfung von Terror. Außerdem sei doch immerhin das Unrechts-Regime der Taliban beseitigt worden, „was die Friedensbewegung allein ja nicht geschafft hat!“'.

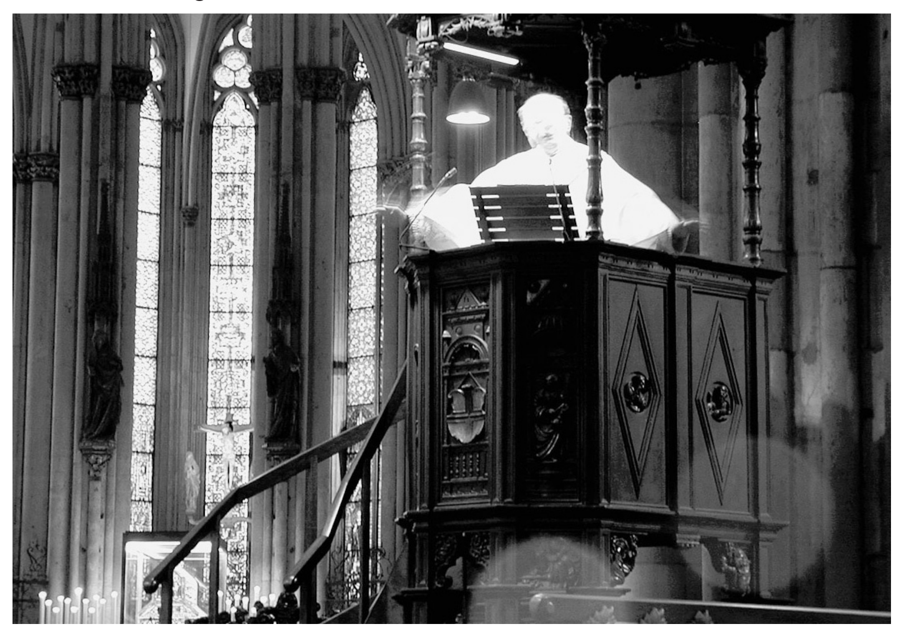
Es wurde deutlich, dass die Soldaten sich als Beschützer „westlicher Werte“' verstehen und sich darin durch den Gottesdienst bestätigt sehen. Umgekehrt würde es Sinn machen, wenn die christlichen Kirchen sich eindeutig für zivile Maßnahmen zur Konfliktbearbeitung einsetzen würden. Für Friedensfachkräfte sind im Bundeshaushalt kaum Finanzmittel vorgesehen, der Bundeswehretat hingegen wächst. Dieses Missverhältnis zu korrigieren, dafür wird die Friedensbewegung weiterhin eintreten!

Frieden ist nicht der Weg des geringsten Widerstandes!

A. Dettloff und Luzie U. Wingen, „Pax An“ (Arbeitskreis Frieden Köln) ■



„Keine Gerechtigkeit … “



„ … ohne Vergebung“





Antifaschisten gegen die Ernennung von Prof. Papier

Die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer haben eine gute Gelegenheit, etwas Wirksames gegen den Neonazismus im Lande zu unternehmen: Sie können auf der nächsten Bundesratssitzung dagegen stimmen, dass Prof. Hans-Jürgen Papier zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes ernannt wird.

Das erklärten die Mitglieder des Bundessprecherrates der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten auf ihrer jüngsten Tagung in Hannover. In ihrem Appell an die Mitglieder des Bundesrates heißt es, Papier habe mit seinen einstweiligen Verfügungen zugunsten der Neonazis in den letzten anderthalb Jahren immer wieder Neonaziaufmärsche in Gemeinden NRWs ermöglicht. Er bescheinigte den Rechtsextremisten, ihre Parolen stellten lediglich „missliebige Meinungen“ dar, die zu dulden seien.

Papier habe zugelassen, dass antinazistische Gerichtsurteile höchster Landesverwaltungsgerichte missachtet werden, die wie das Oberverwaltungsgericht für Nordrhein-Westfalen in einer umfangreichen Rechtssprechung festgestellt hatten, dass sich eine rechtsextremistische Ideologie auch nicht mit Mitteln des Demonstrationsrechts legitimieren lässt (vergl. insbesondere: Beschluss des OVG NRW vom 30.4.2001, AZ: 5B 585/01).

Das Oberste Verwaltungsgericht in Münster hatte erklärt: Rechte Aufmärsche, die von einem Bekenntnis zum Nationalsozialismus geprägt sind, müssen verboten werden; eine rechtsextremistische Ideologie sei vom Grundgesetz von vornherein ausgeschlossen. Der Landtag von NRW hatte sich mit einem Beschluss seines Petitionsausschusses auf Antrag der VVN-BdA diese Auffassung zu Eigen gemacht.

Die VVN-BdA hält einen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes für untragbar, der zugunsten der Neonazis, die mit ihrem Terror und ihren Aufmärschen die Menschen im Lande ängstigen, das Grundgesetz beugt, erklärten die Bundessprecher der traditionsreichen und größten antifaschistischen Vereinigung.

Prof. Papier habe nicht nur die NPD, sondern auch die „freien Kameradschaften“ gewähren lassen, in denen zahlreiche Funktionäre der verbotenen FAP ein neues Betätigungsfeld gefunden haben.

Dagegen gelte nach wie vor die Feststellung: „Der Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.“

PM VVN-BdA ■

Anti-Antifa versus Antifa

Die jährlich im Berliner Nordosten stattfindende Antifaschistische Aktionswoche, dieses Jahr vom 27. Januar bis 4. Februar, ist im Vorfeld einer massiven Hetzkampagne rechtsextremer Gruppierungen ausgesetzt. Zum vierten Mal in Folge wird dieses Event vom Antifaschistischen Aktionsbündnis III [A3] organisiert.

Seit Ende Dezember wird von Seiten der „Anti-Antifa Berlin“ im Internet gegen das von einem Bündnis autonomer Antifagruppen bis hin zu etablierten Parteien vorbereitete Antifa-Event aufgerufen zu stören. So schreibt das vorbereitende Bündnis A3 in seiner Presserklärung, dass die „Bündelung der vielfältigsten Veranstaltungen und Aktionen“ die sie auf den Weg gebracht hat, „den öffentlichen Raum im Berliner Nordosten mit unseren antifaschistischen Anliegen und unserer grundsätzlichen Gesellschaftskritik“ teilweise gewinnen konnte. [1]

Dies scheinen die auch im Nordosten fest verwurzelten rechtsextremen Gruppierungen bemerkt zu haben. Erstmalig seit dem die Antifaschistische Aktionswoche organisiert wird, wurde von rechter Seite massiv zu Störung aufgerufen [2]:

„Haltet euch dafür den 02.02.2002 frei. Gerade nach den Krawallen am 01.12. in Berlin ist es wichtig hier am Ball zu bleiben und den Liksfaschisten zu zeigen das ihre verwirrte dogmatische Ideologie auf den Müllhaufen der Geschichte gehört.

Gegen Kommunismus und Kapital unser Kampf ist national !!!

Liebknecht und Luxemburg (Goldmann) in den Arsch treten !!!“

Aus der Mail der „Anti-Antifa Berlin“ - Rechtschreibfehler im Original

Doch nicht nur innerhalb des Nationalen Widerstandes wird gegen die Antifaschistische Aktionswoche mobilisiert. Auch die NPD ruft in einer vom 1. Januar diesen Jahres verbreiteten Meldung zur Störung der Aktionswoche auf [3]:

„Auch im neuen Jahr wollen die, die mit Deutschland im Kriegszustand leben, eine „Antifaschistische Aktionswoche“ durchführen. ... Die Antideutschen werden aufgerufen, nicht länger auf das Aufstehen irgendwelcher „An- und Zuständigen“ zu warten, sondern besser gleich zuzuschlagen.

Bei den im Internet angebotenen Veranstaltungen fällt auf, daß es eine enge Zusammenarbeit zwischen den schlagbereiten Antifas, der evangelischen Kirche und Behörden geben muß. Nicht wenige Veranstaltungen finden nämlich in öffentlichen Gebäuden oder in Kirchen statt. Natürlich ist auch die PDS dabei. Es fällt weiter auf, daß den Veranstaltern sehr am jüdischen Leben gelegen sein muß. Rückschlüsse daraus sollte jeder selbst ziehen.“

Nachfolgend dokumentiert die rechtsextreme Partei alle Veranstaltungen, die im Rahmen der diesjährigen Aktionswoche stattfinden. Und weist speziell auf eine hin:

„Schweigen wäre Mitschuld - das ist das Thema eines Gespräches mit „Zeitzeugen“ aus dem Widerstand gegen das Dritte Reich. Das sollte auch für uns Nationale das Motto für unseren Kampf gegen die Enkel von Mielke, Ulbricht und Honnecker sein. ... Wie in alten DDR-Zeiten werden auch wieder Kinder im Alter von 9 bis 12 Jahren am 30. Januar 2002 im Bizetcafé politisch indoktriniert. Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ war übrigens schon zu DDR - Zeiten eine kommunistische Tarngruppe in Westdeutschland. In alter Manier wird mit Veranstaltungen vorgenannter Art ein Popanz aufgebaut, den es überhaupt nicht gibt.

Schweigen wäre Mitschuld - Dieses Motto sollte alle Nationalen zu möglichst vielen Besuchen der genannten Veranstaltungen anregen. Diese Besuche sollten gut organisiert und vorbereitet werden. Wir wollen dort ja eben nicht schweigen. Wir wollen diesen Leuten offen unsere Verachtung mitteilen und es soll jeder hören.“

In der Öffentlichkeit wird diese Art der Einschüchterung und Verleumdung bisher kaum zur Kenntnis genommen. Auf die Presseerklärungen des A3 reagierten bisher nur wenige Journalisten. Seit dem der Hype des sogenannten „Antifa-Sommer“ ausgeklungen ist, müssen sich aktive Antifaschisten wieder ohne die Unterstützung der Zivilgesellschaft gegen den rechten Mainstream abarbeiten.

Dass sich diese Situation durch das NPD-Verbotsverfahren ändern wird, glaubt beim A3 keiner mehr.

Ralf Fischer ■

LINKS:
[1] http://www.a3.antifa.de
[2] http://www.widerstand.com/nwbb
[3] http://www.npd.net

Demonstration: Alles für Alle... und zwar umsonst! – Gegen Nazis, Rassismus und totale Kontrolle!
2. Februar um 14.00 Uhr
Start: S-Bhf Prenzlauer Berg
organisiert vom: Antifaschistischen Aktionsbündnis III [A3]



In vielen Städten der Bundesrepublik fanden am 27. Januar Aktionen anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus statt. In Köln standen bei der Veranstaltung und anschließenden Demonstration diesmal die homosexuellen Opfer im Mittelpunkt. Martin Sölle vom Zentrum Schwule Geschichte berichtete über das Ausmaß der Verfolgungen und zitierte aus Begründungen der NS-Politiker. Der Schauspieler Georg Uecker las aus einer Biografie des schwulen Krankenpflegers Horst L., der auf Grund der „Volksschädlings-Verordnung“ ab 1939 mehrfach ins Gefängnis musste.

Es wurde auf das Weiterbestehen des §175 in der von den Nazis verschärften Form bis zum jahr 1969 eingegangen. Entschädigung für erlittene Verfolgung gab es deshalb nicht. Erst 1994 wurde der Paragraph gänzlich abgeschafft. Der schwule Chor „Die Zauberflöten“ und der gemischte Chor „Die Taktlosen“ gestalteten den kulturellen Rahmen. Es kamen mehr Menschen als in den letzten Jahren, sicher auch wegen des besonderen Themas.

Schleppende Auszahlung der Gelder für NS-Zwangsarbeit

Die vom Bundestag im Juli 2000 errichtete Entschädigungsstiftung für überlebende NS-ZwangsarbeiterInnen, die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" (http://www.stiftung-evz.de), steht unter Druck. Nach monatelanger Blockade durch die deutsche Wirtschaft konnten im Mai 2001 die Auszahlungen an die Opfer von NS-Zwangsarbeit endlich beginnen. Aber der Prozess verläuft viel langsamer als erwartet.

Die Beschwerden von Überlebenden über bürokratische Schikanen, über Ausgrenzung von Opfergruppen und die schleppende Bearbeitung ihrer Anträge nehmen zu. Gleichzeitig geht die Pfennigfuchserei der deutschen Wirtschaft weiter. 5 Milliarden DM bringt sie durch Spenden auf, 5 Milliarden DM zahlt der Bund, so steht es im Gesetz. Dass Zinserträge, die entstehen, weil Entschädigungen nicht sofort gezahlt werden, den Überlebenden zustehen, sollte sich eigentlich von selbst verstehen. Tut es aber nicht.

Pfennigfuchserei bei der Wirtschaft

Während der fast ein Jahr währenden Blockade der Auszahlungen sammelten sich auf den Spendenkonten der Wirtschaft beträchtliche Zinsgewinne. Davon gelangten bis heute nur 100 Millionen DM an die Bundesstiftung. Weitere ca. 200 Millionen DM wurden mit fehlenden Spenden „verrechnet", um den zugesagten Beitrag der Wirtschaft voll zu machen. Unklar ist, ob private, kirchliche und kommunale Spenden, die auf der Homepage der Wirtschaft (www. stiftungsinitiative.de) aufgeführt sind, an die Bundesstiftung weitergeleitet wurden oder ob auch sie zur Deckung des Eigenbeitrags verrechnet wurden. Bis heute verweigert die Wirtschaft dazu eine Auskunft.

Für die Opfer noch gravierender sind die Schwierigkeiten im Auszahlungsproze^ss selbst. Bis 30. September 2001 waren bei der Bundesstiftung und ihren „Partnerorganisationen" etwa zwei Millionen Anträge eingegangen. Ende Januar werden davon erst 550.000 Anträge beschieden sein. Drei Viertel aller Antragstellenden warten so noch immer auf ihr Geld.

Ausschluss von Opfergruppen

Einzelne Opfergruppen sind inzwischen sogar ausdrücklich ausgeschlossen. So hat die Regierung im Herbst 2001 die Bundesstiftung angewiesen, den etwa 70.000 italienischen Militärinternierten (sog. IMIs) bis auf Ausnahmen nichts zu zahlen. Begründung: Die italienischen Militärinternierten hätten zwar Zwangsarbeit geleistet, seien aber Kriegsgefangene. Und für diese, zumal aus Westeuropa, sehe das Gesetz keine Entschädigung vor. Entschädigt werden sollten nur zivile, zu Zwangsarbeit verschleppte Menschen aus Osteuropa, jüdische ZwangsarbeiterInnen sowie Roma und Sinti.



Tatsächlich hatte der Bundestag beschlossen, dass auch ZwangsarbeiterInnen aus Westeuropa bei vergleichbar schwerem Leid Anspruch auf Entschädigung haben.

Dieses „vergleichbar schwere" Schicksal wird den IMIs jetzt pauschal bestritten. Der wahre Grund für diese Ausgrenzung ist der knappe Etat der Stiftung. Für nichtjüdische Opfer außerhalb Osteuropas stehen nur 540 Millionen DM bereit.

Die Vertreterin der PDS im Kuratorium der Stiftung, Ulla Jelpke, hat sofort nach Bekanntwerden dieser Regierungsverfügung dagegen protestiert. Andere Kuratoriums-Mitglieder schlossen sich an. Aber die Mehrheit im Kuratorium, darunter die Vertreter der Wirtschaft und alle anderen Bundestagsfraktionen – fügten sich der Vorgabe.

Auch andere Überlebende stoßen auf Probleme. Manche Partnerorganisationen arbeiten nur langsam. Tausende haben bis heute nicht einmal eine Eingangsbestätigung für ihren Antrag. Viele andere suchen noch nach Nachweisen und hoffen inständig auf Hilfe dabei.

Probleme bei Fristen und Nachweisen

Dass die Nachweissuche ein Problem würde, war zu erwarten. Wer verwahrt schon 60 Jahre lang Dokumente der Zwangsarbeit? Viele Firmen haben diese Akten in den letzten Jahrzehnten absichtlich vernichtet, andere – auch öffentliche - Akten wurden aus Gedankenlosigkeit nicht aufbewahrt oder irgendwo in Kellern gelagert, wo sie heute nur nach langer Suche zu finden sind.

Die Bundesstiftung hatte im Frühjahr 2001 deshalb mehrere Millionen DM für zusätzliche Programme bewilligt. Der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes in Bad Arolsen, der Millionen Akten aus der Nazi-Zeit verwahrt, wurde um ein Verbundsystem von Bundesarchiv, Landesarchiven und regionalen Archiven verstärkt. Es hilft, wenn Dokumente fehlen. Allerdings dauerte es Monate, bis das Verbundsystem im September 2001 endlich seine Arbeit aufnahm.

Am 31. Dezember 2001 lief in dieser komplizierten Situation die Antragsfrist für die Opfer ab. Überlebende, deren Antrag bis dahin nicht eingegangen war, weil sie zum Beispiel noch Nachweise suchten, haben damit keinen Anspruch auf Entschädigung mehr. Wie viele Opfer gehen jetzt leer aus? Wie viele haben ihren Antrag noch nicht abgeschickt, wie viele Briefe gingen unterwegs verloren?

Ulla Jelpke hat deshalb zu Jahresbeginn an den Vorstand der Bundesstiftung geschrieben. Sie will einen Bericht über die Zahl der bis Ende 2001 eingegangenen Anträge, den Stand ihrer Bearbeitung, über weiter bestehende Schwachstellen und über von Überlebenden eingereichte Beschwerden. Außerdem kündigte sie an, sich um eine Verlängerung der Antragsfrist zu bemühen. Der Vorstand solle sicherstellen, dass verspätet eingehende Anträge nicht abgewiesen, sondern erfasst werden.

Wenige Tage später kam die Antwort vom Vorstand. Darin werden Probleme eingeräumt. Ende Januar soll ein aktualisierter Bericht über die bis zum 31. Dezember 2001 eingegangenen Anträge und deren Bearbeitung vorliegen. Auch die russische Partnerorganisation hält eine Verlängerung der Antragsfrist für erforderlich. In Polen gingen Anträge allein wegen des Schneechaos zu spät ein.

Am 20. Februar tritt das Kuratorium der Bundesstiftung wieder zusammen. Die PDS wird weiter für die Interessen der Überlebenden kämpfen.

Rüdiger Lötzer, Mitarbeiter im Büro Ulla Jelpke ■

Abschiebungen 2001: Höchste Zahl seit Jahren

HAMBURG. Noch nie sind aus Hamburg so viele Menschen abgeschoben worden wie im Jahr 2001, nämlich 2.179 Personen (Vorjahre, siehe Tabelle). Das geht aus einer Pressemitteilung der Innenbehörde vom 15. Januar hervor. Im Einzelnen waren es 635 abgelehnte Asylbewerber sowie 1.544 Menschen, die „aus anderen Gründen" abgeschoben wurden. Als Beispiele für „andere Gründe" nennt die Innenbehörde „Straftäter, ehemalige ausreisepflichtige Bürgerkriegsflüchtlinge oder Zurückschiebungen in Nachbarländer". Von den insgesamt 2.179 Menschen kamen 1.145 „aus Abschiebe- oder Strafhaft".

Neben „Rückführungen nach Jugoslawien" und „Rücküberstellungen in Drittländer" hat die Innenbehörde im Jahr 2001 vor allem mit folgenden Maßnahmen die hohe Abschiebezahl erreicht: Zum einen mittels den in Hamburg im November 1997 eingeführten und inzwischen zur Routine gewordenen „Botschaftsanhörungen", zu denen die Ausländerbehörde Flüchtlinge zwangsweise vorlädt, damit ihnen dort Reisepapiere für ihre Abschiebung von eigens zu diesem Zweck engagierten Botschaftsvertretern ausgestellt werden.

Zum anderen wurden bisher offiziell geltende Abschiebehindernisse wie eine ärztlich bescheinigte Reiseunfähigkeit und dass Familien nicht durch getrennte Abschiebungen auseinander gerissen werden dürfen, aufgehoben oder anders gesagt, der behördlichen Abschiebepraxis angepasst: „Geltend gemachte Erkrankungen von Ausreisepflichtigen haben nicht den Verbleib in Deutschland zur Folge... Familien, die vorsätzlich die Rückführung verhindern wollen, indem ein Familienmitglied dem ausländerbehördlichen Zugriff entzogen wird, müssen mit getrennter Rückführung rechnen" (PM). Abschließend kündigt die Innenbehörde an, dass die Abschiebezahlen in diesem Jahr durch solche und ähnliche Maßnamen noch weiter gesteigert werden. *bab* ■

Abschiebungen aus Hamburg

Jahr	Anzahl
1995	1.444 *
1996	1.671
1997	1.790
1998	1.890
1999	1.604
2000	1.921

*Quelle: Bürgerschaftsdrucksache 15/5146 vom 29.03.1996. * In der PM der Innenbehörde vom 15.01.2002 über die Abschiebungen 2001 wurden nur Zahlen bis einschließlich 1996 veröffentlicht.*

4 Monate Gefängnis wegen Verstoß gegen Residenzpflicht!

HAMBURG. Der armenische Asylbewerber Arthur W. musste am Donnerstag, den 17. Januar eine 4-monatige Haftstrafe in der JVA Waldeck antreten. Arthur W. hat mehrmals die Grenze des Kreises Mecklenburg-Strelitz überschritten und wurde dort kontrolliert. Zuletzt 1999 nach einem Besuch bei Freunden in Stuttgart. Arthur W. hatte einen Antrag auf eine Woche Besuch in Stuttgart gestellt, die Behörde genehmigte nur 3 Tage. Arthur W. blieb zwei Tage länger, auch um günstig mit dem Wochenendticket nach Friedland zurückzufahren. Auf der Rückfahrt kontrolliert, verurteilte ihn das Amtsgericht zu 4 Monaten Haft. In der Berufungsverhandlung bestätigte das Landgericht das erste Urteil. Arthur W. hat ein Gnadengesuch an das Justizministerium in Schwerin gestellt, und um die Aufhebung der Haftstrafe gebeten. Arthur W. lebt seit 1996 mit seiner Frau und drei kleinen Kindern im Asylheim in Friedland. Einzig und allein weil Arthur W. seine Freunde besucht hat, wird er von deutschen Behörden ins Gefängnis geworfen.

Wir rufen alle auf, umgehend beim Justizministerium gegen das Urteil zu protestieren und eine Aufhebung zu verlangen.

Justizministerium:
Hausanschrift: Demmlerplatz 14, 19048 Schwerin,Postanschrift: Justizministerium M-V,19048 Schwerin
Tel.:(03 85) 5 88-0, direkt Pressestelle Herr Pegel (0385) 5 88-30 03
Fax: 03 85) 5 88-34 55

Koordinationskreis HH, c/o B5, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg, mail: free2move@nadir.org ■

EU soll muttersprachlichen Unterricht für Kurden einfordern

BRÜSSEL. Der Dialog-Kreis: „Krieg in der Türkei - Die Zeit ist reif für eine politische Lösung" hat sich an den EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen gewendet, um ein Einschreiten der EU gegenüber der Türkei einzufordern, das der EU beitreten möchte.

In der Türkei haben sich kurdischstämmige StudentInnen und SchülerInnen an ihre Universitäten, Grund- und Mittelschulen mit der Bitte gewandt, ihre Muttersprache als Wahlfach bzw. als Schulfach einzuführen. Im Dezember hatten 24 Eltern einen Antrag gestellt, in dem es hieß: „Wir fordern für unsere Kinder muttersprachlichen Unterricht neben dem Türkischen." Diese Forde-



rung verbreitete sich rasch, so dass bald Tausende solcher Anträge in der Türkei gestellt wurden.

Die Kampagne für den kurdischen muttersprachlichen Unterricht wird im Sinne des „zivilen Ungehorsams", wie er seinerzeit in den USA unter Martin Luther King gegen die Rassentrennung zwischen Weißen und Schwarzen entwickelt wurde, gewaltfrei betrieben. Gegenüber den zahlreichen gewaltsamen und militärischen Formen des Konfliktaustrages in vielen Teilen der Welt wird hier also eine vorbildliche Form des Kampfes für die Durchsetzung von Menschenrechten praktiziert, welche die Perspektive der politischen Lösung und Versöhnung nicht aus den Augen lässt.

Der türkische Innenminister Rüstü Kazim Yücelen hat jedoch das Nationale Bildungsministerium, die Gouverneure und die Gendarmerie angewiesen, die Anträge abzulehnen und gegen die Antragsteller polizeilich vorzugehen. Es handele sich um eine separatistische Aktion und folglich seien die Antragsteller zu verhaften. Bisher wurden Tausende festgenommen und viele Personen verhaftet. Türkische Politiker nutzen die Gunst der Stunde, das gewaltfreie menschenrechtliche Begehren auf Unterrichtung in der eigenen Muttersprache in die Nähe von Terrorismus zu rücken.

Der Koordinator des Dialog-Kreises, Prof. Dr. Andreas Buro, wandte sich an den zuständigen EU Kommissar Günter Verheugen: „Ein Land in dem solche elementaren Menschenrechte wie muttersprachlicher Unterricht für eine große Nationale Minderheit verweigert, ja sogar als terroristisch kriminalisiert werden, kann nicht Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden, ohne das erreichte Verständnis von Menschenrechten und die unabdingbare Toleranz in der multi-kulturellen Gesellschaft der EU zu gefährden. Deshalb muss die EU in Ankara politisch intervenieren, ehe Gewalt erneut den Konfliktaustrag bestimmt."

Der Dialog-Kreis ist seinerzeit aufgrund einer Initiative von prominenten Persönlichkeiten wie Günter Grass, Jürgen Habermas, Walter und Inge Jens, Margarete Mitscherlich und Horst-Eberhard Richter ins Leben gerufen worden.

Andreas Buro, Grävenwiesbach ■
Geschäftsstelle: Postfach 900265, 51112 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 126 77, dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Innere Sicherheit in der Festung Europa

Die Praxis der staatlichen Repression im Rahmen grenzüberschreitender und innerstaatlicher Proteste auch im Hinblick auf die NATO-Sicherheitskonferenz in München stand im Mittelpunkt des Vortrags von Angelika Lex, Rechtsanwältin, auf einer Veranstaltung am 21. Januar in München, den wir nachfolgend dokumentieren.



Staatliche Repression ist kein neues Thema – auch wenn es durch die Ereignisse vom 1109. neue Aktualität gewonnen hat und als Rechtfertigung für Gesetzesänderungen dient, die schon lange vorbereitet waren. Da die RAF nicht mehr existiert, die Kurden nicht mehr als Autobahnblockierer zu verfolgen sind, wird dringend ein neues Feindbild gebraucht: die Globalisierungsgegner.

GlobalisierungskritikerInnen wurden anlässlich einer Vielzahl von Veranstaltungen in Davos, Göteborg, Salzburg, Genua und Brüssel grundsätzlich als Störer und Gewalttäter dargestellt, denen man mit der ganzen Härte des Repressionsapparats begegnen muss.

Der Anfang:

Gewalttätige Hooligans während der Fußballweltmeisterschaft 1989 in Frankreich waren Anlass für die Verhängung von ersten Ausreiseverboten und Gesetzesänderungen. Damals gab es keinen Widerstand, da die Maßnahmen gut versteckt waren, hinter dem Feindbild des saufenden, schlägernden rechtsradikalen Fußballrowdies. Damit fühlte sich niemand angesprochen. Dieses Instrumentarium wird nun umfunktioniert.

Die Fortsetzung:

Zusätzlich zum neuen Otto-Katalog, der schon erläutert wurde, gibt es vor allem Reiseverbote, den Aufbau neuer Gewalttäterdateien, und das Zusammenrücken der europäischen Polizeien mit formellen und informellen Datenaustausch und auch personeller Amtshilfe.

Zu den Ausreiseverboten im Einzelnen:

Fallzahlen
Vor Genua wurden bundesweit 81 Ausreiseverbote durch die Landesbehörden verhängt. Vor Ort an den Grenzen wurden 749 Personen an Grenzübergängen in Richtung Genua festgehalten, 11 Personen an der Ausreise gehindert. Ausreiseverbote werden dadurch verhängt, dass der Geltungsbereich der Ausweisdokumente eingeschränkt wird, so dass die Ausreise aus Deutschland oder Einreise ins betroffene Drittland nicht gestattet ist.

Rechtsgrundlage

Grundsätzlich steht es Deutschen und Ausländern frei, die BRD zu verlassen.

Die Ausreisefreiheit wird zwar nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht vom Grundrecht auf Freizügigkeit nach Art. 11 GG geschützt. Zwar ist die Wahrnehmung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit auch im Ausland geschützt, führt aber nicht zur Ausreisefreiheit.

Grundrechtsschutz für die freie Ausreise aus der BRD ist durch Art. 2 Abs. 1 GG als Ausfluss der allgemeinen Handlungsfreiheit gewährleistet. Art. 2 Abs.1 GG kann allerdings durch Gesetze eingeschränkt werden. Dies erfolgt bei den Ausreiseverboten durch das Passgesetz und Personalausweisgesetz.

Nach Art. 7 PaßG liegen Passversagungsgründe vor, wenn die innere oder äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet sind.

Nach der Kommentarliteratur gilt, dass die Vorschrift eng auszulegen ist. Dies gilt insbesondere für den Begriff „erhebliche Belange". Es muss sich um Belange handeln, die so erheblich sind, dass sie der freiheitlichen Entwicklung aus zwingenden staatspolitischen Gründen vorangestellt werden müssen. Außerdem muss es sich um Tatsachen handeln, d.h. es muss hinreichend konkret eine gegenwärtige Gefährdung wichtiger Belange der BRD, insbesondere ihres Ansehens im Ausland anzunehmen sein.

In der Theorie hat das BVerwG und die Kommentarliteratur sehr mutig dazu Folgendes gesagt:

„Eigentlich sollte man davon ausgehen, daß es sich unsere freiheitliche Demokratie leisten können muß, Risiken einzugehen, um ihren Grundcharakter im Ganzen zu wahren. Wir können nicht Staaten, die ihren Bürgern die freie Ausreise nicht gestatten, als „Gefängnis" verteufeln, andererseits aber selbst versuchen, Kritik an der bundesdeutschen Politik im Ausland zu unterbinden. Es ist doch offensichtlich, daß der außenpolitische Schaden für die Bundesrepublik wesentlich größer sein kann, wenn wir uns vorwerfen lassen müßten, unser Bekenntnis zur Freiheit leide in entscheidenden Punkten an Unglaubwürdigkeit."

In der Praxis sieht das alles ganz anders aus: Hier reicht in der Regel die Eintragung in einer Datei aus, um das Vorliegen einer Gefährdung der Belange der BRD anzunehmen.

Bislang gab es hierzu die Datei Landfriedensbruch in der bislang ca. 2000 Namen gespeichert sind.

In der Innenministerkonferenz vom 24. November 2000 wurde beschlossen weitere 3 Dateien zu errichten:

Politisch motivierte Gewalttäter Links = Limo-Datei

Gewalttäter Rechts

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

Bisher wurden nach Informationen aus einer Anfrage der PDS (Stand 6/01) dort 1423 Personen gespeichert:

Gewalttäter Rechts: 858 Personen
Gewalttäter Links: 426 Personen
Ausländerkriminalität 139 Personen

Grundsätzlich ist für die Speicherung der Daten Rechtsgrundlage § 8 BKAG:

„Die Speicherung von Daten von Beschuldigten und sonstigen Personen ist zulässig, sowie dies erforderlich ist, weil bestimmte Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Betroffenen Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden."

D.h.: Jeder und Jede kann mit jedem beliebigen Vorwurf jederzeit in der Limo-Datei landen.

Sobald man in der Datei steht hat man auch gute Chancen mit einem Ausreiseverbot belegt zu werden, wenn eine Veranstaltung, zu der europaweit mobilisiert wird, ins Haus steht.

Verfahrensstand

Die Rechtsprechung der Untergerichte zum Thema Ausreiseverbote ist nicht sehr ermutigend.

Die Eilverfahren in Freiburg und Berlin vor dem VG und OVG wurden verloren, mit der Begründung, dass die öffentlichen Belange überwiegen und die Grundrechtseinschränkung ja sehr gering sei.

In München hat allerdings das KVR das einzige Ausreiseverbot, das vor der Veranstaltung in Salzburg verhängt worden war, nach Einlegung des Widerspruchs zurückgenommen.

Das KVR hat inzwischen auch eingestanden, dass sie bei genauerer Überprüfung des Falls wohl kein Ausreiseverbot verhängt hätten. Deshalb haben sie sich auch geweigert, ein weiteres Ausreiseverbot für Genua gegen diese Person auszusprechen. In einem weiteren Fall in der Gemeinde Brunnthal wird die Frage

jedoch gerichtlich entschieden. Das Klageverfahren vor dem VG läuft.

Vom Ausgang dieses Verfahrens wird es wohl abhängen, ob künftig München von dieser Praxis verschont bleibt, oder dieses Mittel als zusätzliches Repressionsmittel zum Einsatz kommt.

Um die ganze Tragweite dieser Maßnahmen ein wenig zu beleuchten, möchte ich ein Beispiel aus der Praxis schildern:

Erster Akt:

Eine Person, politisch aktiv, bislang von allen polizeilichen Ermittlungen verschont, fährt nach Davos. Er wird in Zürich in einer Straßenbahn festgenommen. Der Vorwurf: Beteiligung an einer ungenehmigten Demonstration.

Abgesehen davon, dass eine Demonstration eigentlich voraussetzt, dass sie unter freiem Himmel stattfindet, werden folgende an den Haaren herbeigezogene Argumente angeführt:

Die Person hat sich in einer Straßenbahn befunden, in der auch andere Leute waren. Einige dieser anderen Leute werden verdächtigt, in einem anderen Stadtteil von Zürich eine Schaufensterscheibe eingeworfen zu haben. Danach sind sie mit einer Straßenbahn weggefahren, in eine andere Straßenbahnlinie umgestiegen und dann in die Straßenbahn eingestiegen, in der sich unsere Hauptperson befunden hat. Dort wurden dann alle verhaftet.

Es wurde nicht behauptet:

- dass er an Gewalttaten beteiligt gewesen sei
- dass er mit den anderen Fahrgästen Gewalttätigkeiten verübt hätte
- nicht einmal, dass er mit diesen gemeinsam unterwegs gewesen sei

sondern lediglich, dass er sich im gleichen Verkehrsmittel aufgehalten hat, wie die Verdächtigen. Das reichte zunächst zur Festnahme. Am nächsten Tag erfolgte die Freilassung, das Verfahren wurde vorläufig eingestellt. Die Kosten trug die Staatskasse.

Nächster Akt:

Die zuständige Heimatgemeinde des Betroffenen erfährt von dem Vorfall und denkt sich: „Einmal Gewalttäter – immer Gewalttäter“ – die reisenden Chaoten sind auf dem Weg zur nächsten Demo – was können wir tun.

Sie erlassen ein Ausreiseverbot.

Begründung: Nach polizeilichen Erkenntnissen ist der Betroffene der Gewalttäterszene zuzurechnen. Es werden militante Übergriffe in Zürich geschildert, behauptet, er wäre wegen Landfriedensbruch festgenommen worden. Deshalb muss nun flugs verhindert werden, dass er den staatspolitischen Belangen der Bundesrepublik Deutschland Schaden zufügt und darf deshalb nicht nach Genua ausreisen.

Nächster Akt:

Die Datensammler: Endlich ist der Gewalttäter identifiziert, es ist sichergestellt, daß er kein weiteres Unheil anrichtet. Er ist auch beschäftigt, er muß sich nämlich zweimal täglich bei der Polizei melden, damit er nicht heimlich ausreist.

Und damit er auch in Zukunft nichts anstellt, werden alle seine Daten in der Limo-Datei gespeichert. - Darüber erhält er allerdings keinen Bescheid, das geschieht still und leise.

Nächster Akt:

CSU-Parteitag in Nürnberg. Jetzt kann endlich das ganze gesammelte Wissen verwendet werden: Schon wieder wird der reisende Chaot festgestellt: zum Glück bereits bei der Anreise. Es ergibt sich folgender schwerwiegender Verdacht:

Er steht neben einer Person, die auch in der Limo-Datei gespeichert ist und gegen die tatsächlich auch schon einmal ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist. Diese Person hat eine Fahnenstange dabei – also eine Hieb- und Stichwaffe.

Bei dem Betroffenen finden sich weitere gefährliche Gegenstände im Rucksack: ein Pullover mit Kapuze – ein Vermummungsgegenstand. Eine Karotte, ein Apfel und eine Tafel Schokolade – Wurfgeschosse. Das reicht für die Verhängung eines Unterbindungsgewahrsams.

Die Ermittlungen dauern an.

Nochmal: Das ist keine Satire – das ist Realität in Bayern. Ein Musterbeispiel staatlicher Repression und europäischer Zusammenarbeit – perfekte Vernetzung und Globalisierung der Polizeiarbeit.

Das ist die sog. Innere Sicherheit in der Festung Europa.

Ausblick auf die Wehrkundetagung:

Repressionspolitik ist überall – nicht nur im Ausland und bei neuen Gesetzgebungsverfahren in Berlin, sondern ganz aktuell auch hier in München.

Übernächstes Wochenende findet in München die Sicherheitskonferenz statt. Polizeipräsident Koller und OB Ude bemühen sich redlich Gewalttaten herbeizureden: GlobalisierungsgegnerInnen werden pauschal als politische Gewalttäter und als Störer verunglimpft. Von Verboten ist die Rede, mit scharfen polizeilichen Maßnahmen und niedriger Eingriffsschwelle wird seitens der Polizei gedroht – als ob das in Bayern, speziell in München, etwas überraschend Neues wäre. Schließlich feiern wir in München in diesem Jahr das 10-jährige Kessel-Jubiläum!

OB Ude bekennt sich zwar vollmundig zur Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Wie das dann in der Praxis aussieht, spüren die städtischen Einrichtungen, die auf Zuschüsse angewiesen sind, wie z.B. das Eine-Welt-Haus jetzt recht deutlich:

Veranstaltungen im Haus werden untersagt, Vorbereitungstreffen verboten, obwohl es keinerlei Erkenntnisse über die Planung von Gewalttaten gibt, die Verteilung von bislang unbeanstandeten Flugblättern, in denen u.a. die heutige Veranstaltung angekündigt wurde, ist nicht erlaubt. Das ist glatte Zensur. Er macht ganz deutlich: Wer städtische Gelder kassiert – hat eine OB-genehme Meinungen zu vertreten. Wer zahlt – schafft an – schließlich sind wir in Bayern.

Das werden wir in München nicht hinnehmen, wir werden gegen Verbote klagen, Repressionen nicht akzeptieren und Polizeimaßnahmen ganz genau beobachten. Auch in Schilys Überwachungsstaat 2002 werden wir unsere Grundrechte wahrnehmen. Wir lassen uns nicht einschüchtern und kriminalisieren.

Unsere berechtigte Kritik werden sie sich trotz aller Repression anhören müssen, nicht nur heute, sondern auch in Zukunft! ■

Kandidat Stoiber beim Überschreiten der Main-Linie

Ein Mann, der zu weit geht

Bis in den späten Abend hinein hatte das Präsidium der CDU über eine von ihm in Auftrag gegebene Meinungsumfrage beraten. Dann fuhr Angela gleich morgens zum Frühstück zu Edmund Stoiber nach Wolfratshausen. Sie hat dort wohl versucht, Stoiber einen Weg zu den Menschen im hohen Norden der Republik zu weisen. In den Tagen danach mühte sich der gewöhnlich streitsüchtig erregt giftelnde bayerische Ministerpräsident um hanseatisch gelassen distanziertes Gehabe. Echt wie ein 7-Euro-Schein, aber wegen schauspielerischer Fähigkeiten hat man ihn auch nicht vorgezogen.

Stoiber kommt in den Umfragen besser, weil in einer breiten öffentlichen Meinung die verglichen zum Bund besseren Wirtschaftsdaten zunächst der Politik der CSU zugerechnet werden und sodann angenommen wird, diese Politik sei auf Bundesgebiet übertragbar. Beide Annahmen sind eher falsch als zutreffend.

Die wirtschaftliche Entwicklung Nachkriegsbayerns vom Agrarland zum Industrieland beruhte auch auf aufwändiger Förderung durch den Bund. Noch heute zeugen davon die großen Niederlassungen der auf staatlichen Aufträgen und Subventionen basierten Rüstungs- sowie der Luft- und Raumfahrindustrie, dazu kommen Transfers in Sachen Landwirtschaft. Das Herausleiern dieses Geldes aus dem Bund und der – zugegebenermaßen geschickte – Mitteleinsatz machte die CSU zu einer angesehenen Partei in

Bayern, ihr Ruf draußen im Lande war weniger gut, vor allem nicht bei den Nordrhein-Westfalen, die jahrzehntelang für den Spaß aufkamen. Als es dann so weit war, dass der Freistaat in den Länderfinanzausgleich hätte einzahlen müssen, klagte man gegen den Verteilungsschlüssel, ein Verhalten, das diese Art von Politik bei den Fachleuten nicht gerade populär gemacht hat. Ganz sicher bieten solche Erfahrungen keinen Ansatz zur Lösung wirtschaftlicher Entwicklungsprobleme im Bund. Einen solchen Zahlonkel, wie ihn Bayern in NRW fand, wird der Bund nirgendwo auf der Welt finden. Insoweit beruht die Popularität Stoibers also auf einer falschen Annahme. Bayerische Politikkonzepte basieren gewohnheitsmäßig auf Zusatzmitteln von außen. Seit sie nicht mehr so dick kommen, kommt auch diese Politik nicht. So steht die bayerische Staatsregierung der perspektivlosen Entwicklung Nordbayerns, dem Niedergang seiner klassischen Industrien, hilflos gegenüber. Es ist denkbar, dass Stoiber, gefangen im Prunk der gigantischen bayerischen Staatskanzlei, umgeben von Schmeichlern, die Grenzen seiner konzeptionellen Vorstellungen noch gar nicht wahrgenommen hat. Die SPD wird ihm im kommenden Wahlkampf einiges vorrechnen.

Allerdings ist die vage Hoffnung auf wirtschaftliche Kompetenz nur eine Komponente von Stoibers Popularität. Er schart seine Anhängerschaft – in Bayern wie im Bund – als Law-and-Order-Mann um sich. In Bayern schätzt ihn die feine Gesellschaft, weil er die Korruption bekämpft hat, die anfing, sich von einer Randerscheinung zum Systemmerkmal auszuprägen („Amigosystem)“. Unvergessen bleibt, wie der damalige bayerische Ministerpräsident Streibl dem Parteitag eine Rede über den Wert der Freundschaft hielt. Er schloss mit dem Ruf: „Saludos amigos“. Der Parteitag johlte. Stoiber sah seine Chance und bot sich an, die Auswüchse zurückzuschneiden. Er führte eine Kampagne gegen Streibl, die diesen das Amt, den Ruf und die Gesundheit kostete. Seitdem umgibt ihn die Aura des Unerbittlichen, Unbestechlichen, zur Macht Qualifizierten.

Der Gestus eines Amtsträgers, der sich Recht und Gesetz verpflichtet weiß, wird immer wieder durch Ausfälle gebrochen, die Schlagzeilen machen. Die Ausländerfeindlichkeit der um Stoiber und Innenminister Beckstein gruppierten Staatsregierung sitzt tief. Stoibers Angst vor einer „durchmischten, durchrassten Gesellschaft“ und Becksteins Ruf, man wolle „Ausländer, die uns nützen“, statt solchen, „die uns ausnützen“, sind nicht Ausrutscher, sondern bewusst gesetzte Zeichen, hinter denen ausgefeilte Propagandakampagnen und Verwaltungskonzepte stehen. Anders als auf dem Sektor Wirtschaft würde in diesem Bereich eine Administration Stoiber mehr, viel mehr halten, als sie heute öffentlich zu versprechen wagt. Und wahrscheinlich ist hier auch eine gesamtdeutsche Man-nutzt-uns-aus-Kampagne möglich, die zugleich mit der Ausländerfeindlichkeit auch eine Feindlichkeit gegen das Ausland legitimieren könnte. Denn dies ist dann die dritte Komponente der Stoiberschen Politik, es ist viel zu wenig bekannt, dass die CSU, gestützt auf die bayerische Staatsregierung eigene außenpolitische Vorstellungen und Traditionen entwickelt. Eine Administration Stoiber würde das Land in eine offen am Deutschtum und seinen Siedlungsansprüchen orientierte Osteuropapolitik hineinziehen.

Was man Stoiber wirtschaftspolitisch anhofft, kann er nicht bringen, was man innenpolitisch befürchtet, wird er übertreffen, was er außenpolitisch plant, scheut das Licht der Öffentlichkeit. Er kann trotzdem gewinnen. Es kann aber auch geschehen, dass Stoibers Politikansatz im Bundestagswahlkampf kritisch aufgearbeitet wird. *maf* ■

:ostritt

Die *BdV-Präsidentin Erika Steinbach* sucht offenbar das Bündnis mit Jörg Haider. Die FPÖ führt derzeit einen Volksentscheid durch, um die Schließung des tschechischen Kernkraftwerkes Tempelin zu fordern. In diesem Zusammenhang hat Haider erklärt, wenn schon nicht das AKW geschlossen würde, dann solle Tschechien die Benesch-Dekrete zurück nehmen. In diesem Zusammenhang gab der tschechische *Ministerpräsident Zeman* der Zeitung *Profil* ein Interview: *„Osterreich war nicht das erste Opfer Hitler-Deutschlands, sondern der erste Verbündete. Außerdem darf man nicht vergessen, dass die Sudetendeutschen die fünfte Kolonne Hitlers waren, um die Tschechoslowakei als einzige Insel der Demokratie in Mitteleuropa zu zerstören. Kann man jetzt wirklich Versöhnung für Verräter fordern?“* Auf die Frage „… Es gab viele Greultaten tschechischer Bürger an Sudetendeutsch“ erklärt Zeman:

„Ja das stimmt. Ich war auch der erste tschechische Politiker, der solche Verbrechen verurteilt hat. Aber vergessen Sie auch nicht, dass diese Sudetendeutschen vor dem Überfall Hitlers tschechoslowakische Staatsbürger waren. Nach dem tschechischen Recht haben viele von ihnen Landesverrat begangen, ein Verbrechen, das nach dem damaligen Recht durch die Todesstrafe geahndet wurde. Auch in Friedenszeiten. Wenn sie also vertrieben oder transferiert worden sind, was das milder als die Todesstrafe.“

Auf die Forderung Österreichs die Benesch-Dekrete für totes Unrecht zu erklären, meint Zeman: *„Ich habe erklärt, die Benesch-Dekrete, die Bestandteil der Gesetze der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg darstellen, hätten ihre Wirkung in der Gegenwart verloren … Manche Leute, die diese Frage ständig aufwärmen, haben nur die Restitution von Eigentum im Sinn, und das kann sehr gefährlich sein. Ich betone, die Vergangenheit ist abgeschlossen, es gab Gewinner, Verlierer und auch Opfer. ... Es ist also ein sehr generöser Akt von uns, wenn wir Österreich anbieten: Lasst uns die Vergangenheit vergessen.“*

Soweit das Interview zitiert nach dem DOD und nicht aus dem Original. In diese Tschechisch-Österreichische Auseinandersetzung die vor allem von Haider forciert wird, klinkt sich der BDV ein, beschimpft den tschechischen Ministerpräsident: „Zeman hat von Menschenrechten und Werteordnung nichts begriffen“ und „Es ist ein europäischer Skandal, dass die Entrechtung- und Vertreibungsdekrete die mehr als drei Millionen Menschen ihrer Heimat, ihre Würde oder ihres Lebens beraubten im Jahre 2002 immer noch Grundlage von Gerichtsurteilen sind. Das ist mit dem Wertekanon der EU nicht zu vereinbaren.“ *DOD Nr. 4/2002 – jöd* ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach

Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Brauner Wunschzettel

Nation & Europa 1-2002

Als hätte er sich beim Wunschzettelschreiben verspätet präsentiert *Roland Wuttke* in der Januarausgabe von „Nation & Europa“ seine Forderungen an die deutsche Politik im Jahr 2.002. „Deutsche Optionen“ nennt er seine Auflistung und begründet sie mit den neuen Chancen, die jedes neue Jahr mit sich brächte. „Man stelle sich vor, Deutschland wäre tatsächlich souverän, und Politik als Kaleidoskop von Alternativen wäre wieder möglich. Dann stünde die Wiederherstellung der Zukunftsfähigkeit unseres Volkes ganz oben auf der Prioritätenliste. Wie könnte dies aussehen?“.

„...wäre der Austritt aus der EU naheliegend... Deutschland könnte, mit der DM als Leitwährung, einen Wirtschaftsverbund mit den östlichen Nachbarn und den Balkanstaaten eingehen und führend gestalten. Hier gab es ja bereits Ansätze einer DM-Zone.... Eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland könnte unter Einsatz von Kapital und Spezialkenntnissen den Zugang zu umfangreichen Rohstoffvorkommen öffnen. Die geopolitischen Interventionen der USA in Richtung der kaspischen Erdöl- und Erdgasvorkommen umreißen die Interessenkonflikte der Zukunft. Die USA wollen den Europäern den Weg zu diesen Ressourcen abschneiden...“.

Kaum verhüllt, geht es hier um imperialistische Ziele, die alte Mittel- und Südosteuropakonzeption der deutschen Rechten und einflussreicher Kapitalkreise. Der häufig „links“ verbrämte Antiamerikanismus, dem man in den letzten N&E-Heften auf Schritt und Tritt begegnet, entlarvt sich als Futterneid, als Bandenkrieg imperialistischer Räuber.

Aber was nützen alle gekauften Länder ohne militärische Absicherung des Erreichten? „Zu überdenken wäre auch die Mitgliedschaft in der NATO... degradiert die neue NATO-Doktrin vom April 1999 dieses Bündnis zu einem Hilfstruppenverband für anglo-amerikanische Weltmachtbestrebungen. Dagegen könnte ein rein europäischer Sicherheitsverbund den kontinentalen Eigeninteressen Rechnung tragen und dabei auch Rußland einbeziehen“. Die „kontinentalen Eigeninteressen“ aber sind die Wirtschaftsinteressen der deutschen Konzerne.

Natürlich muss ein solches Konzept nicht nur (militärisch) nach außen sondern auch ideologisch und polizeilich nach innen abgesichert werden: „Im Inneren hätte Deuschland zuerst das gestörte Verhältnis zur eigenen Geschichte zu überwinden, das jegliche souveräne Politik verhindert“. Erinnerungen an Auschwitz stören bei der erneuten Inbesitznahme Polens und Stalingrad existiert nocch immer als schwärende Wunde im kollektiven Gedächtnis der Nation. Diese Nation definiert Wuttke völkisch und damit ausgrenzend: „Ganz oben auf der Aufgabenliste steht außerdem die Beseitigung von Parallelgesellschaften und die Rückführung kulturfremder und nicht integrierbarer Zuwanderer.... Über allem hat das Gebot nationaler Präferenz zu stehen“. Als Wandschmiererei heißt dieses Konzept auf den Punkt gebracht: „Ausländer raus! Deutschland den Deutschen!“

Auch *Manfred Müller* beherrscht die Kunst, dieses völkische Konzept auf den ersten Blick harmlos aussehen zu lassen. Unter der Überschrift „Wieder nur Stimmenfang“ macht er sich Gedanken über „Die CDU/CSU und den Nationalstolz“: „In allen Ländern, in denen das Wahlvolk im kollektiven Selbstwertgefühl nicht traumatisiert ist, gilt Nationalbewußtsein als eine Selbstverständlichkeit, die nahezu allen Bürgern, gleich welcher Parteiorientierung, zueigen ist. In der durch die Umerziehung neurotisierten BRD-Gesellschaft kann jedoch die Hinwendung zu einem normalen nationalen Bewußtsein durchaus ein heftig umstrittenes Wahlkampfthema werden“.

Was Deutschland von anderen Ländern unterscheidet, steht einige Absätze weiter: „...daß sie sich ganz dem westlichen Nationsbegriff verschrieben hat: Die Nation als Summe der Staatsbürger; Deutscher ist, wer einen deutschen Paß besitzt. Schöne Aussichten, wenn man bedenkt, wie verschwenderisch deutsche Pässe in den letzten Jahrzehnten an Menschen aus aller Welt verteilt worden sind...“. Müller bringt dagegen das völkische Konzept auf den Punkt, um gleichzeitig zu behaupten, es sei gar nicht völkisch („im stumpfen Sinn“): „Man muß nicht \`völkisch´ im stumpfen Sinn sein, um darauf zu bestehen, daß im abendländisch europäischen Kulturkreis die Nation auch als Kultur-, Geschichts- und Abstammungsgemeinschaft zu verstehen ist“. Der Ausdruck „volksdeutscher Holocaust“ den Müller später benutzt, verwundert dann wirklich nicht mehr.

Bei *Franz Schönhuber* klingt das so: „Die Deutschen sterben aus. Im Krieg der Wiegen stehen wir auf der Verliererseite. Und wäre man zynisch veranlagt, könnte man hinzufügen, daß es gerade die Entwicklungshilfe ist, die diese Niederlage beschleunigt. Gnadenlose Analytiker der Situation in der Dritten Welt argumentieren so: Von uns mehr Geld, dann dort mehr Kinder. Und eines Tages klopfen die erwachsen gewordenen Kinder wieder an unsere Türen, fordern Asyl und verschärfen die sowieso angespannte, von Überfremdung geprägte Situation... Der Einwanderungsdruck hat dazu geführt, daß verängstigte Bürger die von Asylanten und Türken beherrschten Stadtviertel verlassen und in Randbezirke ziehen. Auf dem offenen Land verfallen ganze Dörfer. Türken ziehen ein. Man kann davon ausgehen, daß in absehbarer Zeit türkische Bürgermeister keine Seltenheit mehr sind“.

Dazu kommt dann noch der „Kampf gegen die amerikanisch-israelische Weltherrschaft“ und fertig ist der ideologische Molotowcocktail. *tri* ■

Schlierer Spitzenkandidat

Junge Freiheit5/02 - 25.1.02

Wie die „Junge Freiheit“ meldet, führt der Bundesvorsitzende der Republikaner Rolf Schlierer, die Landesliste seiner Partei zur Bundestagswahl an. Der 46-jährige Schlierer wurde mit 68 Stimmen auf Platz 1 gewählt, Platz 2 sicherte sich Landesvorsitzender Christian Käs mit 65 Stimmen, der sich gegen seinen Kontrahenten Herbert Bastl durchsetzen konnten. Auf den weiteren Plätzen folgen die ehemaligen Landtagsabgeordneten Ulrich Deuschle und Lothar König. ■